

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 28/2018 09. Juli 2018

## AKTUELLES

Fünf katholische Schulen in Hamburg schließen .....	2
20 Jahre Kopftuchstreit – Lehrerin: Viele schmerzliche Erfahrungen .....	3
Türkische Behörden schließen deutsche Schule in Izmir .....	5
Yad Vashem kritisiert Einigung zu Holocaust-Gesetz .....	7
Kampf um Malis Zukunft findet an Schulen statt .....	8

## KULTURPOLITIK

Wikingerstätten und Naumburger Dom sind Weltkulturerbe .....	11
Büchner-Preis für Terézia Mora .....	14

## BERUF UND WEITERBILDUNG

Regierung will umfassendes Programm für mehr Pflegekräfte .....	18
Flüchtlinge werden zu Fachkräften – doch das braucht Zeit .....	19

## FORSCHUNGSPOLITIK

Deutschland bekommt das meiste Forschungsgeld aus EU-Programm .....	23
Krebsforschung: 50 Millionen Euro für fünf Zentren in Deutschland .....	26

## HOCHSCHULE

Nürnberg bekommt Technische Uni mit „bundesweitem Modellcharakter“ ...	28
Humboldt-Universität gründet Institut für Islamische Theologie .....	29

## SCHULE

Inklusion kommt schrittweise in M-V .....	35
Neue Standards für Inklusion an NRW-Schulen.....	36

## VORSCHULE

Einige Kitas in NRW sollen auch nachts öffnen .....	40
---	----

## TERMINE

.....	43
<b>INHALT (GESAMT)</b> .....	<b>47</b>

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275  
dossier.bildungsforschung@dpa.com

## AKTUELLES

### Fünf katholische Schulen in Hamburg schließen

**Hamburg (dpa)** – Am Ende hat es doch nicht gereicht: Nach monatelangen Verhandlungen zwischen dem Erzbistum und der Hamburger Schulgenossenschaft sind die Gespräche über die Zukunft der katholischen Schulen gescheitert.

„Das von den Initiatoren am 24. Juni vorgelegte Rahmenprogramm verdeutlicht aus unserer Sicht (...) weder die in Aussicht gestellte operative Tragfähigkeit einzelner Pilotschulen, noch zeigt es konkret auf, wie die dringend notwendigen Investitionen in Millionenhöhe an den betroffenen Standorten wirklich geschultert werden können“, teilte Erzbischof Stefan Heße am 5. Juli in Hamburg mit. Oder anders ausgedrückt: Für fünf Schulen mit mehreren Tausend Schülern gibt es definitiv keine Zukunft mehr.

Ende Januar hatte das Erzbistum bekanntgegeben, bis zu 8 der 21 katholischen Schulen in Hamburg schließen zu wollen. Der Grund: Ein riesiges Finanzloch. Nach Berechnungen der Unternehmensberatung Ernst & Young hat das Erzbistum knapp 80 Millionen Euro Schulden. Diese würden bis 2021 auf bis zu 350 Millionen Euro anwachsen, falls nicht umgehend umgesteuert wird.

#### **Grund: Schulden des Erzbistums und hohe Pensionsverpflichtungen**

Als Auslöser werden ein Sanierungsstau bei kirchlichen Gebäuden sowie hohe Pensionsverpflichtungen bei den katholischen Schulen angegeben. „Wir werden Kirchen schließen müssen, wir werden Gemeindehäuser aufgeben müssen“, kündigte Generalvikar Ansgar Thim an. Die Schulschließungen seien nur ein Anfang.

Schon kurz nach der Bekanntgabe hatten engagierte Katholiken Initiativen gegründet, um die Schulen doch noch zu retten. Bei zwei Demonstrationen protestierten mehr als 4500 Schüler, Eltern und Lehrer für deren Fortbestand. Auf Transparenten und Plakaten forderten sie „Wir sind die Kirche“ und „Aufbruch statt Abbruch“. In einem offenen Brief hatten sich die Unterstützer sogar an Papst Franziskus in Rom gewandt und sich mit dessen Vertreter in Berlin, dem apostolischen Nuntius, Erzbischof Nikola Eterovic, getroffen.

Doch die Verhandlungen gestalteten sich von Anfang an schwierig. Eines der Hauptprobleme: Die Hamburger Schulgenossenschaft wollte alle 21 katholischen Schulen übernehmen. Dies lehnte das Erzbistum ab. Schließlich einigte man sich auf ein Pilotprojekt im Süden von Hamburg.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - AKTUELLES

Dort sollten je eine Grund- und Stadtteilschule in Neugraben, Harburg und Wilhelmsburg sowie das Niels-Stensen-Gymnasium in Harburg gemeinsam geführt werden. Wieder keimte Hoffnung bei Schülern und Eltern auf. Aber auch das Konzept reichte dem Erzbistum am Ende nicht. Es fürchtete zu hohe finanzielle Risiken.

### ***Beobachter sprachen auch von Machtkampf im Erzbistum***

Einige Beobachter sprachen dagegen von einem Machtkampf hinter den Kulissen des Erzbistums. Demnach sei der Erzbischof nicht abgeneigt gewesen – anders als sein Generalvikar Thim, der den Gremien in einem Brief mit Formulierungen wie „Trickserei“, „Camouflage“ und „politische Erpressung“ nahegelegt hatte, dem Konzept nicht zuzustimmen.

Der Imageschaden für das Erzbistum ist enorm. Die Schulgenossenschaft reagierte mit „Unverständnis“ und „tiefer Enttäuschung“ auf die Absage des Erzbischofs. Sie habe „ein fundiertes schulfachliches und ein solide und konservativ gerechnetes Finanzierungskonzept für Bau und Betrieb der Schulen erstellt“. Die Katholische Elternschaft Deutschlands sprach von einem „Schlag ins Gesicht von Kindern, Eltern und Lehrern“.

Vielleicht gibt es aber noch Hoffnung für die ein oder andere Schule: Das Erzbistum verhandelt noch mit anderen Interessenten. So versprach der Erzbischof, alles daran zu setzen, wenigstens die drei derzeit mit einem Moratorium belegten Schulen weiter zu entwickeln.

**Carola Große-Wilde (Hamburg)**

#### **Internet:**

- Katholische Schulen in Hamburg <http://dpaq.de/qhnmV>
- Gesamtelternvertretung <http://dpaq.de/Sj9A4>
- Infos zur Genossenschaft <http://dpaq.de/Yh0ze>
- Mitteilung zum Pilotprojekt <http://dpaq.de/ameuv>

## **20 Jahre Kopftuchstreit – Lehrerin: Viele schmerzliche Erfahrungen**

**Stuttgart (dpa)** – Nach einer Weile stockt ihre Stimme. Fereshta Ludin hält inne. Der Frau mit dem hellen, nach hinten gebundenen Kopftuch schießen Tränen in die Augen. Sie denkt 20 Jahre zurück. 1998 wird die 1972 in Kabul geborene Lehrerin Ludin in ihrer Wahlheimat Baden-Württemberg nicht in den Schuldienst übernommen. Einziger Grund: Sie trägt ein Kopftuch und möchte dies auch im Unterricht nicht ablegen. Es beginnt ein langer

juristischer Weg. Über Umwege gibt es 2015 sogar einen Sieg – aber glücklich ist Ludin nicht.

Es gebe „nicht viel zu feiern“, erzählt sie. Das Leben als Frau mit Kopftuch sei nicht einfacher geworden. Und: „Ich glaube, mein ganzes Leben wäre anders gelaufen“, sagt Ludin – bevor ihre Stimme stockt. Ob sie sich eine Rückkehr von Berlin nach Baden-Württemberg vorstellen könne, wo hier doch so viele Lehrer fehlen? Dafür habe sie hier damals zu viele schmerzliche Erfahrungen machen müssen. Ludin erzählt von Einschüchterungen, Beschimpfungen und Diskriminierungen. Sie lebt seit 1987 in Deutschland, hat seit 1995 den deutschen Pass.

### ***Lehrerin: Ich trage das Kopftuch aus persönlichen Gründen***

Aus religiösen Gründen habe sie sich für das Tragen eines Kopftuchs entschieden. Aus freien Stücken, wie sie betont. Heute gebe es ihr Geborgenheit und Glück. „Es ist ein Teil meiner Identität.“ Werde aber im Bundestag von den „Kopftuchmädchen“ gesprochen, fühle sie sich „einfach elend – und würdelos behandelt“. Obwohl das Bundesverfassungsgericht 2015 Verbote für unzulässig erklärte, werde diese Sichtweise noch lange nicht überall gelebt. Es brauche regelmäßige Signale des Staates für Vielfalt und Weltoffenheit.

Das Kopftuch sei keineswegs ein politisches Statement oder Zeichen für Protest und Abgrenzung. „Man wird nicht untreu, nur weil man ein Tuch trägt oder einen Turban“, sagt Ludin mit Blick auf Verbote für Richterinnen oder Staatsanwältinnen. Noch immer nähmen viele an, mit Tuch auf dem Kopf könne die für bestimmte Berufe notwendige Neutralität verloren gehen.

Dabei seien viele der Frauen, die Kopftuch tragen, hier geboren und fühlten sich als Deutsche. In den 20 Jahren habe es diesbezüglich auch viel Positives gegeben: Etwa, dass sie überhaupt mit ihrem Anliegen vor Gericht ziehen konnte, erkennt Ludin an. „Dass ich hier frei meine Meinung sagen kann, dass eine offene Debatte geführt wird, dass Dinge hinterfragt werden.“

### ***Studie: Knapp jede vierte Muslimin in Deutschland trägt Kopftuch***

Ludin, die heute an einer Privatschule in Berlin unterrichtet, wird 1998 in Baden-Württemberg nicht in den Schuldienst übernommen, weil sie Kopftuch trägt. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2003 zu ihrem Fall führen Länder Verbote ein. Die meisten Länder schafften diese jedoch ab, nachdem Karlsruhe 2015 in einem neuen Urteil pauschale Verbote an Schulen für nicht grundgesetzkonform erklärte.

Laut einer Studie tragen 23 Prozent der in Deutschland lebenden muslimischen Frauen Kopftuch, wie der Mediendienst Integration berichtet. In etlichen Bundesländern unterrichten Lehrerinnen mit Kopftuch. Erhebungen dazu gebe es nicht, Probleme seien selten.

**Roland Böhm (Stuttgart)**

### **Türkische Behörden schließen deutsche Schule in Izmir**

**Istanbul/Izmir (dpa)** – Türkische Behörden haben nach offiziellen Angaben die deutsche Botschaftsschule in Izmir geschlossen. Schulleiter Dirk Philipp sagte der Deutschen Presse-Agentur am 30. Juni, eine Delegation der Bildungsbehörden aus der Großstadt Izmir und dem Schulstandort im Vorort Urla – begleitet von rund einem Dutzend Polizisten – habe die Schule am 28. Juni besucht und „schriftlich und mündlich erklärt“, ihr fehle die „rechtliche Grundlage“. Die Schule sei dann versiegelt worden. Den Unterricht stört die Maßnahme nicht – es sind Sommerferien. Die Delegation sei drei Stunden nach Ende der letzten Klasse gekommen, sagte Philippi.

Die Affäre könnte aber neue Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei verursachen. Die gemeinnützige Schule ist laut Philippi offiziell als deutsche Auslandsschule anerkannt und „strukturell dem Generalkonsulat in Izmir zugeordnet“. Laut der Webseite der Bundesregierung über deutsche Vertretungen in der Türkei handelt es sich um eine „Zweigstelle der Privatschule der Deutschen Botschaft in Ankara“, die 2008 gegründet wurde.

#### ***Auswärtiges Amt fordert Stellungnahme von türkischer Regierung***

Das Auswärtige Amt bestätigte die Schließung der Schule durch regionale Behörden des Erziehungsministeriums. Die türkische Regierung werde aufgefordert, umgehend die Gründe dafür darzulegen, hieß es in Berlin. Die deutschen Schulen in der Türkei seien ein wesentliches Element der kultur- und bildungspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Botschaft in der Hauptstadt Ankara sei mit dem Fall befasst.

Im vergangenen Jahr hatte die Inhaftierung mehrerer Deutscher – darunter der Journalist Deniz Yücel und der Menschenrechtler Peter Steudtner – die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei schwer belastet. Beide sind mittlerweile frei und ausgereist. Gegen beide werden aber in ihrer Abwesenheit Gerichtsprozesse in der Türkei geführt.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - AKTUELLES

„Ich gehe felsenfest davon aus, dass es sich um eine vorübergehende Schließung handelt“, sagte Philippi. Man arbeite rund um die Uhr daran, zu verstehen, worum es gehe. „Die Entscheidung steht im Kontrast zu einer Genehmigung, die wir haben.“ Die sei vom türkischen Außenministerium und besage, dass die Schule im westtürkischen Izmir als eine Zweigstelle der deutschen Botschaft in Ankara betrieben werden dürfe. „Es kann schlicht sein, dass den Bildungsbehörden nur Dokumente fehlen.“ Es gebe einen regen Austausch „auf allen Ebenen“, der ihn „sehr positiv“ stimme, sagte Philippi.

Die Schule in Urla ist eine Gesamtschule. Nach Angaben des Direktors sind in der Regel rund 180 Kinder im Alter zwischen zwei und 20 dort und im angeschlossenen Kindergarten angemeldet. Sie werden von rund 40 Mitarbeitern betreut. Das nächste Schuljahr beginnt am 27. August.

**Christine-Felice Röhrs (Istanbul)**

### **Internet:**

- Webseite Deutsche Vertretungen in der Türkei zu Izmir-Schule <http://dpaq.de/HQtPF>
- Webseite der Schule in Izmir <http://dpaq.de/OPEcj>
- Deutsche Auslandsschulen <http://dpaq.de/28lLy>

## **Giffey will 170 Anti-Mobbing-Experten an Schulen schicken**

**Berlin (dpa)** – Mit einem neuen Aufklärungsprogramm will Bundesjugendministerin Franziska Giffey gegen Antisemitismus und Mobbing an deutschen Schulen vorgehen. Antisemitismus an Schulen sei ein großes Problem und für die Lehrkräfte allein nur schwer zu bewältigen, sagte die SPD-Politikerin der „Rheinischen Post“ am 4. Juli. Deshalb bräuchten Lehrer mehr Hilfe, etwa bei der Schulsozialarbeit und im Umgang mit Eltern. „Deswegen werden wir ab dem kommenden Schuljahr in einem ersten Schritt 170 Anti-Mobbing-Profis an ausgewählte Schulen in Deutschland schicken, die vom Bund finanziert werden“, kündigte Giffey an.

In den vergangenen Monaten waren besonders in Berlin immer wieder Fälle von Judenhass und damit verbundenem Mobbing bekanntgeworden. Schlagzeilen machten etwa der Angriff auf einen Kippa-Träger aus Israel und ein antisemitischer Vorfall an der renommierten John-F.-Kennedy-Schule.

„Religiöses Mobbing in Klassenzimmern und auf Schulhöfen müssen wir sehr ernst nehmen. Egal von wem es ausgeht“, sagte Giffey. In der Schule müssten Kinder ein friedliches Miteinander und Respekt lernen. Als Famili-

enministerin ist Giffey auch für die Themen Senioren, Frauen und Jugend zuständig.

### **Yad Vashem kritisiert Einigung zu Holocaust-Gesetz**

**Jerusalem (dpa)** – Die Gedenkstätte Yad Vashem hat eine Einigung Israels mit Polen zu dem umstrittenen Holocaust-Gesetz scharf kritisiert. Eine nach Änderungen des Gesetzes veröffentlichte gemeinsame Stellungnahme beider Länder enthalte „schwere Fehler und Täuschungen“, teilte die Einrichtung in Jerusalem am 5. Juli mit. Eine gründliche Prüfung durch Historiker von Yad Vashem habe ergeben, dass die Essenz des Gesetzes trotz der Änderungen gleich bleibe, „einschließlich der Möglichkeit echten Schadens für Forscher, für ungehinderte Forschung und die historische Erinnerung an den Holocaust“.

Zwischen Israel und Polen war ein heftiger diplomatischer Streit über ein im Januar verabschiedetes Holocaust-Gesetz ausgebrochen. Es sah Geld- und Haftstrafen für diejenigen vor, die dem polnischen Staat oder Volk „öffentlich und entgegen den Fakten“ die Verantwortung oder Mitverantwortung für Verbrechen des Nazi-Regimes zuschreiben. Kritiker warfen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) vor, von Polen begangene Verbrechen an Juden vertuschen zu wollen.

Vor einer Woche stimmten dann die polnischen Parlamentskammern Sejm und Senat in Warschau dafür, die bisher vorgesehenen Strafmaßnahmen von bis zu drei Jahren Haft aus dem Gesetz zu streichen.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hatte den Schritt gelobt und eine gemeinsame Erklärung mit seinem polnischen Amtskollegen Mateusz Morawiecki veröffentlicht. Die „historische Wahrheit“ über den Holocaust sei sichergestellt, sagte Netanjahu. Die gemeinsame Stellungnahme wurde in ganzseitigen Anzeigen in Zeitungen in Israel und Deutschland veröffentlicht, darunter in der „Jerusalem Post“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Für Polen sei die Haltung Netanjahus bindend, hieß es nach der Kritik Yad Vashems aus dem Warschauer Außenministerium. Die Diskussion um die gemeinsame Erklärung bestätige die Notwendigkeit einer noch engeren Zusammenarbeit polnischer, israelischer und jüdischer Historiker zum Schutz der Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg und Holocaust, zitierte die Agentur PAP das Ministerium.

### ***Vashem: Nicht historische Wahrheit über Rolle Polens im Holocaust***

Nach Ansicht von Yad Vashem widerspricht die gemeinsame Stellungnahme jedoch anerkannten historischen Erkenntnissen über die Rolle von Polen während des Holocaust. Es werde etwa der fälschliche Eindruck erweckt, die polnische Exilregierung und der polnische Untergrund hätten unermüdlich gegen die Vernichtung polnischer Juden gekämpft.

Die gemeinsame Stellungnahme erkenne zwar an, dass Polen in vielen Fällen Grausamkeiten gegen Juden begangen hätten. Es sei jedoch auch die Rede davon, dass „zahlreiche“ Polen ihr Leben riskiert hätten, um Juden zu retten. Die jahrzehntelange historische Forschung zeichne jedoch ein völlig anderes Bild, schrieb Yad Vashem. Die polnische Exilregierung habe sich zu keiner Zeit während des Zweiten Weltkriegs entschlossen für die jüdischen Bürger Polens eingesetzt. Die polnische Widerstandsbewegung habe nicht nur Juden nicht geholfen, „sondern war auch nicht selten aktiv an ihrer Verfolgung beteiligt“.

Polen hätten Juden während des Holocaust nur selten unterstützt, „und Angriffe auf oder sogar der Mord an Juden waren ein weit verbreitetes Phänomen“.

Scharf kritisierte Yad Vashem auch den Teil der gemeinsamen israelisch-polnischen Stellungnahme, in der es hieß: „Es ist leider eine traurige Tatsache, dass einige Menschen – ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung – zu der Zeit ihre dunkelste Seite gezeigt haben.“

Die Gedenkstätte sieht darin die „empörende Unterstellung, auch Juden hätten zu dieser Zeit ihre dunkelste Seite gezeigt“. Darüber hinaus seien die Täter „nicht ohne Identität“: „Sie waren Polen und Katholiken, und sie haben mit dem verhassten deutschen Besatzer bei der Verfolgung der jüdischen Bürger Polens kollaboriert.“

**Sara Lemel (Tel Aviv) und Natalie Skrzypczak (Warschau)**

#### **Internet.**

- Yad Vashem <http://dpaq.de/zZOuw>
- Äußerungen Netanjahus und gemeinsame Stellungnahme Israels und Polens <http://dpaq.de/a2x0F>

## **Kampf um Malis Zukunft findet an Schulen statt**

**Mopti (dpa)** – Djeneba Djiguiba spricht nur zögerlich vom Angriff radikaler Islamisten auf ihre Schule im Zentrum Malis. „Sie sind mit Waffen gekommen. Sie haben die Schule geschlossen und haben die Leute bedroht“, erinnert sich die Zwölfjährige. „Dann haben sie auch Leute getötet.“ Da-



raufhin floh ihre Familie in die Provinzhauptstadt Mopti. Während sich rund 1000 Soldaten der Bundeswehr und etwa 12 000 weitere UN-Blauhelme um eine Stabilisierung Malis bemühen, tobt der Kampf um die Zukunft des armen Landes in den Klassenzimmern.

Mit der Terrorgruppe Al-Kaida verbundene Islamisten greifen im Norden und vor allem im Zentrum Malis immer mehr Schulen an. Sie lehnen die staatliche Bildung ab und setzen stattdessen auf Koranschulen, in denen vor allem indoktriniert wird. Rund 750 Schulen wurden dort laut UN-Kinderhilfswerk schon in Folge der Angriffe geschlossen. Fast die Hälfte der Kinder im Grundschulalter – rund 1,2 Millionen – gehen nicht mehr zur Schule. Es droht eine verlorene Generation.

Durch den mangelnden Zugang zu Bildung werde die Spirale der Gewalt in Mali langfristig weiter aufrechterhalten, warnt Unicef. Hunderttausenden Mädchen und Jungen fehlt Wissen und Handwerkszeug, um erfolgreich ins Leben zu starten. Die Kinder werden später ein geringeres Einkommen haben – und sind damit anfälliger für das Werben von Extremisten. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie später eine Flucht nach Europa erwägen. Heute in Bildung in Mali zu investieren, ist daher die Bekämpfung der Fluchtursachen von Morgen.

Im Norden und im Zentrum des Landes hat Malis Militär spätestens seit dem Vormarsch von Islamisten im Jahr 2012 vielerorts nichts mehr zu melden. Die Weiten der Sahelzone sind die Rückzugsgebiete islamistischer Terrorgruppen. Im Zentrum des Landes sind viele Menschen vor den Islamisten geflohen und haben Schutz in der Stadt Mopti gesucht. Dort sind die Schulen inzwischen zum Bersten gefüllt.

### ***Schulen auf dem Land werden von den Terroristen niedergebrannt***

In einem von Unicef gebauten Behelfsklassenzimmer in der Schule Moulaye Dembele etwa drängeln sich 98 Drittklässler. Bis zu vier Kinder teilen sich eine Schulbank, gelernt wird bei gut 30 Grad Celsius im Schatten. „Wir haben hier keine Klassen mehr mit weniger als 80 Schülern“, sagt Direktor Broulaye Doumbia. Vor allem in den Behelfsklassenzimmern ohne richtige Mauern oder Fenster sei es schwierig zu unterrichten. „Es war nur als Übergangslösung gedacht. Aber jetzt ist die Krise eine permanenter Zustand geworden.“

Wenn die Islamisten in ein Dorf kommen, schüchtern sie die Lehrer ein, damit sie fliehen, wie der Leiter des Schulbezirks Mopti, Amadou Degueni, erklärt. „Als nächstes verbrennen sie alle Schulbücher, oft auch die Schulbänke“, sagt er. Die Fundamentalisten greifen Dorfschulen auch an, weil diese oft die letzte verbliebene Vertretung des Staates sind. Sobald die Schulen zerstört sind, verlassen sie die Dörfer wieder, wie Degueni erklärt.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - AKTUELLES

Mali gehört NACH einem UN-Index zu den 15 ärmsten Ländern der Welt. Das Bildungssystem des Landes ist daher nicht erst seit dem Vormarsch der Islamisten 2012 in der Krise. „Die instabile Sicherheitslage hat das Problem der bereits extrem schlechten Schulen verschlimmert“, erklärt Unicef-Experte Joa Keis.

### ***Bundeswehr muss mehr für Aufbau der Schulen in Mali tun***

Mit der Beteiligung an der UN-Friedensmission hat Deutschland in Mali Verantwortung übernommen. Für die Bundeswehr ist Mali knapp hinter Afghanistan der zweitgrößte Auslandseinsatz. Er kostet pro Jahr derzeit etwa 270 Millionen Euro. Der Bildungssektor hingegen scheint sträflich vernachlässigt: In Afghanistan investierte Deutschland von 2013-2018 rund 350 Millionen Euro in Bildungsprojekte, in Mali nur 17 Millionen Euro, wie Zahlen des Entwicklungsministeriums zeigen.

„Das Militärische scheint gegenüber Entwicklungsinitiativen klar Priorität zu haben“, sagt Expertin Corinne Dufka, die stellvertretende Westafrika-Direktorin bei Human Rights Watch. Die internationale Gemeinschaft versäume es, sich mit den eigentlichen Ursachen des Konfliktes zu befassen, nämlich Korruption, Armut, einem schwachen Rechtsstaat sowie dem desolaten Gesundheits- und Bildungssystem. Dufka sagt: „Das steht ganz unten auf der internationalen Agenda.“

**Jürgen Bätz (Mopti/Johannesburg)**

#### **Internet.**

- Fact Sheet zur UN-Friedensmission in Mali (Englisch) <http://dpaq.de/aA2F8>
- Beitrag des damaligen Unicef-Landesdirektors Equiza (Französisch) <http://dpaq.de/PPTqW>
- Human-Rights-Watch-Bericht zu Übergriffen von Dschihadisten auf Schulen im Norden Burkina Fasos (Englisch, Seiten 20 ff.) <http://dpaq.de/ldBUK>
- Bundeswehr-Informationen zu Rechtsgrundlage, Zweck und Kosten des Einsatzes in Mali <http://dpaq.de/rHIOY>

## **KULTURPOLITIK**

### **Wikingerstätten und Naumburger Dom sind Weltkulturerbe**

**Manama (dpa)** – Deutschland hat zwei neue Welterbestätten: Der Naumburger Dom sowie die Wikingerstätten Haithabu und Danewerk gehören nun zum Weltkulturerbe. Dies entschied das Unesco-Welterbekomitee am 30. Juni in der bahrainischen Hauptstadt Manama. Damit gibt es nun 44 Welterbestätten in Deutschland.

Die Entscheidung für den Naumburger Dom fiel erst nach einer mehr als einstündigen spannungsgeladenen Diskussion. Sie kam überraschend, weil der Weltdenkmalrat Icomos keinen außergewöhnlichen universellen Wert der Stätte erkennen konnte und deshalb eine Ablehnung empfahl.

Während der intensiv geführten Debatte sprach sich aber die Mehrheit der 21 Mitglieder des Welterbekomitees für die Bewerbung aus. Die Pracht des Doms sei klar offensichtlich, sagte der Vertreter Australiens. Am Ende fand ein Entwurf Zustimmung, der von den Vertretern des Inselstaates St. Kitts und Nevis vorgelegt worden war und die Aufnahme des Doms auf die Welterbeliste vorsah.

Unter den deutschen Vertretern brach Jubel aus. Der Landrat des Burgenlandkreises, Götz Ulrich, dankte dem Komitee für die Unterstützung. Die Präsidentin der deutschen Unesco-Kommission, Maria Böhmer, sagte, die Einschreibung in die Welterbeliste unterstreiche, dass der Naumburger Dom ein Meisterwerk menschlicher Schöpferkraft sei. „Er steht in einer Reihe mit den Kathedralen von Amiens in Frankreich, Modena in Italien und Burgos in Spanien.“

#### ***Naumburger Dom – Prachtbau des europäischen Hochmittelalters***

Der Naumburger Dom St. Peter und Paul wurde im 13. Jahrhundert geschaffen und wird zu den bedeutendsten Kathedralbauten des europäischen Hochmittelalters gezählt. Berühmt sind die vom „Naumburger Meister“, einem bis heute unbekanntem Steinbildhauer, geschaffenen zwölf Stifterfiguren in der Kathedrale, die zu den wichtigsten Kunstwerken der Epoche gehören. Es war bereits der dritte Anlauf für den Eintrag in die Welterbeliste. Zweimal war die Aufnahme des Naumburger Doms samt der hochmittelalterlichen Kulturlandschaft an Saale und Unstrut gescheitert. Diesmal galt die Bewerbung dem Dom alleine.

Dagegen machte es die Tagungsleitung bei den Wikingerstätten Haithabu und Danewerk kurz: „Any Comments? No?“ Ohne Diskussion nahm das Komitee die deutsche Bewerbung an. Die Stätte sei ein einzigartiges Zeug-

nis der Wikingerzeit und ihrer kulturellen Traditionen, hieß es zur Begründung..

Nur 6 Minuten und 36 Sekunden dauerte der Aufruf der Wikingerstätten. Prof. Claus von Carnap-Bornheim – Geschäftsführender Direktor der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf und Initiator der Bewerbung – hat die Zeit mitgestoppt.

### ***Haithabu – eines der bedeutendsten Handelszentren in Nordeuropa***

Seit 2004 war der Welterbeantrag für Haithabu und das Danewerk vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein unter seinem langjährigen Leiter vorbereitet worden. Der jetzige Anlauf war bereits der zweite. Einen internationalen Antrag von Wikingerstätten gemeinsam mit Island, Dänemark, Lettland und Norwegen hatte das Welterbekomitee 2015 zur weiteren Überarbeitung zurückgewiesen.

Die Schleswig-Holsteiner entschieden sich aber weiterzumachen und mit einem Einzelantrag an den Start zu gehen. Schleswig-Holsteins Kulturministerin Karin Prien (CDU) jubelte am Danewerk, „das ist Weltklasse. Wir können Weltkulturerbe!“

Die Befestigungsanlage Danewerk und der Handelsplatz Haithabu gehören zu den bedeutendsten archäologischen Zeugnissen Nordeuropas. Das Danewerk bestand im Mittelalter aus Erdwällen, Mauern, Gräben und einem Sperrwerk in der Schlei. Das Verteidigungssystem sicherte die Grenze des dänischen Reichs.

Die Wikingerstadt Haithabu bei Schleswig war vom 9. bis zum 11. Jahrhundert eines der bedeutendsten Handelszentren Nordeuropas. Sie lag zwischen dem fränkischen und dem dänischen Reich auf einer wichtigen Route zwischen Nord- und Ostsee. 1897 wurde sie wiederentdeckt. Die ersten Ausgrabungen begannen um 1900. Die Stätte sei wegen ihrer reichen archäologischen Funde von wesentlicher Bedeutung für die Erforschung der Wikingerzeit, erklärte die Unesco.

Seit dem 29. Juni hat die Konferenz weltweit eine Reihe von weiteren Stätten zum Weltkulturerbe erklärt. Dazu zählen die Kalifatsstadt Medina Azahara in Spanien, die Industriestadt Ivrea in der italienischen Region Piemont und das viktorianische und Art-Déco-Ensemble von Mumbai in Indien. Auch die archäologische Landschaft der Sassaniden in der Region Fars (Iran), die archäologische Stätte Thimlich Ohinga in Kenia, die antike Stadt Kalhat im Oman, die buddhistischen Bergklöster in Südkorea und die verborgenen christlichen Stätten in der Region Nagasaki in Japan wurden in die Liste aufgenommen.

**Jan Kuhlmann (Istanbul) und Birgitta von Gyldenfeldt (Danewerk)**

### **Internet:**

Welterbekomitee der Unesco <http://dpaq.de/6b6rv>

## **Bayer AG verkauft Statuette Mars an Dresdner Sammlungen**

**Berlin/Dresden (dpa)** – Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) erwerben durch gemeinschaftliches Engagement mehrerer Geldgeber eine „Mars“-Skulptur des Renaissance-Künstlers Giambologna (1529-1608). Die Bayer AG in Leverkusen hatte sie ursprünglich bei der Londoner Auktion von Sotheby's am 4. Juli versteigern lassen wollen. Das hatte Proteste in der Kunstwelt ausgelöst. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hatte Bayer dafür heftig kritisiert und an die „gesamtgesellschaftliche Verantwortung“ des Konzerns appelliert. Die SKD, Bayer und Sotheby's gaben den Durchbruch am 2. Juli bekannt.

Grütters stellte aus ihrem Etat für den Ankauf kurzfristig eine Million Euro bereit. Weiteres Geld geben das Land Sachsen, die Ernst von Siemens Kunststiftung, die Kulturstiftung der Länder und der Freundeskreis der SKD. Zudem übernimmt die Siemens Kunststiftung die anteilige Vorfinanzierung des Betrages der SKD. Bayer zog den Auktionsauftrag bei Sotheby's zurück und verkauft die Figur direkt an die Sammlungen in Dresden. Über den Preis wurde Stillschweigen vereinbart. Bayer will den Verkaufserlös nach eigenem Bekunden in die Förderung junger und zeitgenössischer Kunst investieren.

### ***Die Bronze-Statue gehörte zu den ältesten Beständen in Dresden***

Die etwa 40 Zentimeter große Bronze stammt aus den ältesten Bestand des Dresdner Museumsverbundes und gelangte 1587 als persönliches Geschenk von Giambologna an Kurfürst Christian I. von Sachsen nach Dresden. Unter den zahlreichen Repliken des Mars ist das dem Kurfürsten verehrte Exemplar das einzige, das noch zu Lebzeiten des Künstlers dokumentiert ist, hieß es. 1924 geriet die Skulptur bei der „Fürstenabfindung“ in Privatbesitz. Seit 1983 gehörte sie der Bayer AG. Die SKD hatten sich wiederholt bemüht, den Mars als Dauerleihgabe zu bekommen.

„Ich bin erleichtert, dass die Bayer AG sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zwar spät, aber immerhin bewusst geworden ist und die Mars-Skulptur von Giambologna nun den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zum Kauf angeboten hat“, erklärte Grütters. Das kurzfristige finanzielle Engagement vieler für einen solchen Erwerb sei ein klares Bekenntnis zur Kultur und auch Ausdruck eines schlagkräftigen „kooperativen Föderalis-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - KULTURPOLITIK

mus“ in Deutschland. Ein klares behördliches Bewusstsein für national wertvolles Kulturgut solle in Zukunft derart eklatante Fälle verhindern.

SKD-Generaldirektorin Marion Ackermann zeigte sich erleichtert und dankte der Bayer AG, das Werk aus der Versteigerung zurückgezogen zu haben: „Wir planen, das herrliche Kunstwerk durch Sachsen reisen zu lassen, bis wir es zur Finissage unserer Giambologna-Ausstellung in der Gemäldegalerie Alte Meister im Oktober 2018 in Dresden zeigen werden.“ Die sächsische Kunstministerin Eva-Maria Stange (SPD) bezeichnete die Statuette als „nationales Kulturgut und für Sachsen von großem historischen Wert“.

Der Deutsche Kulturrat kritisierte das Verhalten der Bayer AG als „zweifelhafte Aktion“. Der Chemiegigant lasse sich Neuerwerbungen für seine Kunstsammlung von der öffentlichen Hand mitfinanzieren, sagte Geschäftsführer Olaf Zimmermann am 4. Juli in Berlin. Die Rettung des national wertvollen Werkes „war richtig und leider notwendig“, betonte Zimmermann. „Aber es bleibt ein bitterer Nachgeschmack.“ Bund und Länder finanzierten nun „mit öffentlichen Kulturmitteln den Ankauf zeitgenössischer Kunst für die Sammlung eines der größten deutschen Unternehmen mit“. Die fehlten an anderer Stelle. „Kein Ruhmesblatt für Bayer!“.

**Jörg Schurig (Dresden)**

## **Büchner-Preis für Terézia Mora**

**Darmstadt (dpa)** – Die deutsch-ungarische Schriftstellerin und Übersetzerin Terézia Mora (47) wird mit dem Georg-Büchner-Preis 2018 ausgezeichnet. Das teilte die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung am 3. Juli in Darmstadt mit. Der mit 50 000 Euro dotierte Preis gilt als wichtigste literarische Auszeichnung in Deutschland.

Mora bekomme die Auszeichnung „für ihre eminente Gegenwartigkeit und lebendige Sprachkunst, die Alltagsidiom und Poesie, Drastik und Zartheit vereint“, heißt es in der Begründung der Jury. „In ihren Romanen und Erzählungen widmet sich Terézia Mora Außenseitern und Heimatlosen, prekären Existenzen und Menschen auf der Suche und trifft damit schmerzlich den Nerv unserer Zeit.“ Schonungslos nehme sie die Verlorenheit von Großstadtnomaden in den Blick und lote die Abgründe innerer und äußerer Fremdheit aus. Dies geschehe suggestiv, kraftvoll, bildintensiv und spannungsgeladen – mit ironischen Akzenten und analytischer Schärfe.

Mora wurde in Ungarn geboren und wuchs zweisprachig auf. Seit 1990 lebt sie in Berlin. Für ihren Roman „Das Ungeheuer“ – den zweiten Band einer Trilogie über das Leben des IT-Spezialisten Darius Kopp – bekam sie 2013

den Deutschen Buchpreis. Der erste Band („Der einzige Mann auf dem Kontinent“) hatte es 2009 auf die Longlist geschafft. 2016 veröffentlichte sie ihren bislang jüngsten Erzählungsband „Die Liebe unter Aliens“.

Außer Romanen und Erzählungen verfasste Mora auch Drehbücher, Theaterstücke und Essays. Sie übersetzte zudem Werke von renommierten Autoren wie dem ungarischen Schriftsteller Péter Esterházy (1950-2016). Sie erhielt bereits eine Reihe bedeutender Auszeichnungen, darunter den Ingeborg-Bachmann-Preis (1999) und den Preis der Leipziger Buchmesse (2005).

### **Experte: Mora spiegelt, was unsere Gesellschaft aufwühlt**

Der Leiter des Hamburger Literaturhauses, Rainer Moritz, sprach beim Büchner-Preis von einer „großartigen, überfälligen Entscheidung“. „Ihre Romane und Erzählungen spiegeln seismographisch, was unsere Gesellschaft aufwühlt und von welchen untergründigen Ängsten sie beherrscht wird“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Vor allem aber finde Mora dafür eine unverwechselbare, stilistisch ausgefeilte Sprache.

„Mora gehört zu den herausragenden Stimmen der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur“, lobte die Leiterin des Literaturhauses München, Tanja Graf. „In ihrer Sprachkunst unverkennbar und einzigartig bildet sie ab, was unsere Gesellschaft ausmacht und erschüttert.“ Dass die gebürtige Ungarin, die auf Deutsch schreibt und aus dem Ungarischen übersetzt, mit dem Büchner-Preis ausgezeichnet wurde, symbolisiere zugleich eine Anerkennen ihrer Leistung für die innereuropäische kulturelle Verständigung.

Der Leiter des Literaturhauses Frankfurt, Hauke Hückstädt, sagte: „Mit Mora als Büchner-Preisträgerin ist die höchste Ehrung, die eine deutschsprachige Schriftstellerin in Deutschland erfahren kann, endlich angekommen bei der mehrsprachigen Generation von Autoren, der man allein mit dem Adelbert-von-Chamisso-Preis nicht gerecht wurde.“

Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt vergibt die Auszeichnung seit 1951 an Schriftsteller, die in deutscher Sprache schreiben. Die Preisträger müssen „durch ihre Arbeiten und Werke in besonderem Maße hervortreten“ und „an der Gestaltung des gegenwärtigen deutschen Kulturlebens wesentlichen Anteil haben“.

Zu den Preisträgern gehören Max Frisch (1958) und Günter Grass (1965) (1967) sowie zuletzt Jürgen Becker (2014), Rainald Goetz (2015), Marcel Beyer (2016) und im vergangenen Jahr der Lyriker Jan Wagner.

Namensgeber ist der Dramatiker und Revolutionär Georg Büchner („Woyzeck“). Er wurde 1813 im Großherzogtum Hessen geboren und starb 1837

in Zürich. Die Auszeichnung wird am 27. Oktober während der Herbsttagung der Deutschen Akademie in Darmstadt verliehen.

**Ira Schaible (Darmstadt)**

### Internet:

- Infos zum Büchner-Preis <http://dpaq.de/u4dHE>
- Akademie für Sprache und Dichtung <http://dpaq.de/tLSgT>
- Internetseite von Mora <http://dpaq.de/RMtmf>
- Verlag mit Werken Moras <http://dpaq.de/WnWGM>
- Literaturhaus Hamburg <http://dpaq.de/5i2LZ>
- Mora und der Deutsche Buchpreis <http://dpaq.de/IIEk8>
- Literaturhaus Frankfurt <http://dpaq.de/ur5rT>
- Literaturhaus München <http://dpaq.de/FJbJS>

## Museen, Theater, Ballett – Coburgs reiche Kulturlandschaft

**Coburg (dpa)** – Das kleine Coburg hat einen kulturellen Reichtum vorzuweisen, von dem viele andere Regionen nur träumen. Und zwei der wichtigsten Einrichtungen haben seit kurzem neue Chefs – das Landestheater einen neuen Intendanten und die Kunstsammlungen der Veste einen neuen Direktor.

Aber wie kommt es überhaupt, dass eine beschauliche Stadt mit 40 000 Einwohnern über eine Kunstsammlung von Weltrang und ein Drei-Sparten-Landestheater mit eigenem Ballett und Opernbetrieb verfügt, so dass auch Gäste aus dem nahen Thüringen regelmäßig zum Kunstgenuss nach Bayern kommen? „Das große kulturelle Angebot ist wohl auf die Herzöge und deren Liebe zur Kultur und ihrer Sammelleidenschaft zurückzuführen“, sagt Oberbürgermeister Norbert Tessmer (SPD). Zudem habe man auch später nach Ende der Regentschaft des Herzoghauses verhindern können, „dass wertvolles Kulturgut verloren geht beziehungsweise abwandert“.

### ***Coburg kam erst nach dem Ersten Weltkrieg zu Bayern***

Coburg war bis 1919 ein selbstständiges Herzogtum. Erst nach dem Ersten Weltkrieg entschieden sich die Bürger, dass sie künftig zu Bayern gehören wollen – zur Auswahl stand übrigens auch das nahe Thüringen. Aber Bayern machte den Coburgern größere Zugeständnisse, was den Erhalt ihres kulturellen Erbes anbetraf. Daraus ging die Coburger Landesstiftung hervor, deren Chef der jeweilige Oberbürgermeister ist. Die Landesstiftung soll die freigewordenen wertvollen kulturellen Besitzungen des Herzoghauses dem Coburger Land erhalten und sichern, wie ein Stadt-Sprecher erläutert.



Bereits seit dem 19. Jahrhundert sind Kunstwerke auf der Veste öffentlich ausgestellt, zusammengetragen hatte sie das Herzoghaus. Heute fußt die Schau auf einer grafischen Sammlung, einer Waffensammlung von Rang und historischen Gläsern, darunter auch das Hedwigsglas, das zeitweise im Besitz Martin Luthers war. Der Reformator benutzte das heute 1000 Jahre alte Gefäß, das einst zur Reliquiensammlung von Kurfürst Friedrich dem Weisen gehört hatte, als profanes Weinglas. Derzeit läuft eine Sonderschau mit Rembrandt-Grafiken.

### ***Das Museum für modernes Glas unter Sammlern weltweit bekannt***

Seit dem Frühjahr leitet Sven Hauschke die Kunstsammlungen der Veste Coburg – dazu gehört auch das Museum für Modernes Glas, das aus Platzgründen längst ins einige Kilometer entfernte Schloss Rosenau ausquartiert wurde. „Europaweit kennt man Coburg, wenn man in diesem Bereich als Künstler oder Sammler tätig ist“, sagt Hauschke.

Auch an der Spitze des Landestheaters hat es vor kurzem einen Wechsel gegeben, Bernhard F. Loges folgte auf Bodo Busse, der nach Saarbrücken gewechselt ist. „Was mich überrascht hat: Wie ausgezeichnet das Angebot hier angenommen wird.“ Man spüre große Verbundenheit mit dem Theater, sagt Loges, der von der Deutschen Oper am Rhein nach Coburg kam. Auch die Theateraktivitäten verdankt Coburg dem Herzoghaus, Herzog Ernst I. installierte 1827 ein Hoftheater mit eigenem Ensemble. Als Coburg zu Bayern kam, verpflichtete sich der Freistaat zu finanziellem Engagement für die Bühne.

Beim Theater stehen große Änderungen bevor – es soll in den kommenden Jahren generalsaniert werden. Nach einigen Debatten einigte man sich in Coburg darauf, eine Interimsstätte nach Vorbild eines Globe Theaters aus der Shakespeare-Zeit zu bauen. Zudem plant Loges für 2019 ein neues Sommerfestival auf der Ehrenburg im Stadtzentrum. Anlass ist der 200. Geburtstag von Prinz Albert – dem Ehemann der britischen Königin Victoria, der aus dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha stammte.

**Kathrin Zeilmann (Coburg)**

#### **Internet:**

- Landestheater <http://dpaq.de/3dZNa>
- Kunstsammlungen <http://dpaq.de/XHATI>

### **BERUF UND WEITERBILDUNG**

#### **Regierung will umfassendes Programm für mehr Pflegekräfte**

**Berlin (dpa)** – Die Bundesregierung will mit einem großangelegten Programm mehr Fachkräfte für die Pflege gewinnen, um die massive Personalnot in den Griff zu bekommen. Am 3. Juli starteten Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), Familienministerin Franziska Giffey und Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) in Berlin den Auftakt zu einer „Konzertierten Aktion Pflege“. Beteiligen sollen sich die Länder, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände. „Wir geben uns maximal ein Jahr Zeit. Dann wollen wir konkrete und verbindliche Vereinbarungen mit allen haben, die in der Pflege Verantwortung tragen“, sagte Spahn der „Bild am Sonntag“.

Union und SPD haben die „Konzertierte Aktion“ im Koalitionsvertrag vereinbart, um Arbeitsbedingungen zu verbessern und den Beruf damit attraktiver zu machen. „Zuerst müssen wir dafür sorgen, dass mehr Leute aus dem Inland wieder in der Pflege arbeiten wollen“, sagte Giffey der Zeitung. „Es muss cool sein, Pflegefachkraft zu sein.“ Heil betonte das Ziel, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften einen Flächentarifvertrag aushandeln, den er dann für allgemeinverbindlich erklären würde. „Das wird die Löhne spürbar verbessern.“

#### **Minister: Bedarf von 50 000 zusätzlichen Pflegekräften**

Spahn sagte, angesichts des Bedarfs von bis zu 50 000 zusätzlichen Pflegekräften müsse auch im Ausland gesucht werden. „Aber nur in Ländern mit sehr junger Bevölkerung, die nicht selbst dringend Pflegekräfte benötigen.“ Etwa im Kosovo und Albanien sei die Pflegeausbildung häufig besser, als man denke. Visa-Erteilungen und die Anerkennung von Berufsabschlüssen müssten aber schneller gehen. Heil schlug vor, dass interessierte Ausländer für ein halbes Jahr nach Deutschland kommen könnten. „Bedingung: Sie erhalten keinen Cent aus den Sozialsystemen, und wenn sie nach den sechs Monaten keine feste Stelle als Pflegekraft haben, müssen sie wieder gehen.“

Bereits auf den Weg gebracht hat Spahn ein Milliardenpaket, das unter anderem 13 000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege vorsieht. Zudem soll jede aufgestockte Pflegestelle am Bett künftig komplett von den Krankenkassen bezahlt werden. Darüber hinaus sollen Auszubildende ab 2020 kein Schulgeld mehr bezahlen müssen. Weitere Anreize hat auch der Pflegebevollmächtigte der Regierung, Andreas Westerfellhaus, vorgeschlagen –

auch steuerfreie Prämien bis 5000 Euro für die Annahme einer unbefristeten Stelle.

### Internet:

- Antwort der Bundesregierung zu Personalnot in der Pflege <http://dpaq.de/D2LWa>

## Flüchtlinge werden zu Fachkräften – doch das braucht Zeit

**Mainz (dpa)** – Mohsen hat eine besondere Gabe. Der Iraner findet schnell Kontakt. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum der Iraner einen Ausbildungsplatz gefunden hat und auf dem besten Weg ist, sich erfolgreich in Deutschland zu integrieren. „Ich will gern arbeiten“, sagt der 39-Jährige. Er macht eine Ausbildung als Industriemechaniker beim Spezialglashersteller Schott in Mainz. Vor sechs Jahren kam Mohsen nach Deutschland, im Jahr darauf wurde sein Asylantrag genehmigt. Er ging von der Erstaufnahme in Trier in den Westerwald, dann nach Mainz, machte einen Sprachkurs, meldete sich beim Jobcenter und suchte Arbeit.

Erstmal lief es nicht so gut. „Ich habe mehr als 20 Bewerbungen geschrieben. Fast keine Firma hat geantwortet“, sagt Mohsen. Über die ehrenamtliche Arbeit in einer Kirchengemeinde lernte er den Ausbildungsleiter von Schott, Volker Leinweber, kennen. Der schlug ihm vor, sich zu bewerben. Nach einem Praktikum begann Mohsen vor knapp drei Jahren mit der Ausbildung. In seiner Heimat hat er bereits eine Ausbildung als Elektrotechniker gemacht und vorübergehend Informationstechnik studiert. Mohsen ist kein Einzelfall, aber so positiv wie bei ihm läuft es längst nicht bei allen.

### **2017 arbeiten schon doppelt so viele Flüchtlinge in regulären Jobs**

Immer mehr Flüchtlinge arbeiten in regulären Jobs. Von Januar bis Juni dieses Jahres nahmen 2846 Geflüchtete in Rheinland-Pfalz eine reguläre Arbeitsstelle auf. Das waren fast doppelt so viele wie im ersten Halbjahr 2017, wie aus Zahlen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht. Von Januar bis Juni 2018 begannen 148 Flüchtlinge eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung, das ist ein Plus von einem Fünftel im Vergleich zum ersten Halbjahr 2017. Für eine schulische Ausbildung, Schule oder Studium entschieden sich von Januar bis Juni 311 Flüchtlinge – diese Zahl ging um ein Fünftel zurück.

Als vor drei Jahren immer mehr Flüchtlinge kamen, war die Hoffnung vieler Unternehmen, dass Fachkräfte dabei sind oder die Geflüchteten zu solchen werden. Das ließ sich schwieriger an als erwartet, doch es werden mehr: Im September 2017 – das sind die aktuellsten Daten – waren 3510 Men-

schen aus den acht Staaten mit den meisten Asylanträgen der vergangenen Jahre als Fachkraft sozialversicherungspflichtig in Rheinland-Pfalz beschäftigt. Sie kommen aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Im September 2016 waren es nur 2019 Flüchtlinge – eine Steigerung um fast 75 Prozent.

„Branchenübergreifend sind Unternehmen bereit, geflüchtete Menschen einzustellen“, sagt Walter Hüther, Geschäftsführer Interner Service der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland in Saarbrücken. „Viele haben erkannt, dass im Wettbewerb um Fachkräfte und Auszubildende es lohnenswert ist, auch andere Personengruppen wie zum Beispiel geflüchtete Menschen mit in den Blick zu nehmen. Diese bringen oft berufliche und soziale Kompetenzen und Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern mit.“ Er nennt Mehrsprachigkeit als Beispiel.

### ***Hürden: Fehlende Qualifikation und Sprachkenntnisse***

Die Unterbringung von Flüchtlingen macht aus Sicht der Unternehmen erste Fortschritte, braucht aber Zeit. „Dass die Integration in den Arbeitsmarkt deutlich langsamer vorankommt als zu Beginn des Zuzugs erwartet, liegt vor allem an der fehlenden Qualifikation der Geflüchteten“, sagt der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU), Werner Simon. „Rund 40 Prozent der Flüchtlinge haben keinen Schulabschluss und 86 Prozent der geflüchteten Arbeitsuchenden können keine formale Berufsausbildung vorweisen.“ Noch eine Hürde seien fehlende Deutschkenntnisse.

Der LVU sieht die Integration in den Arbeitsmarkt als langwierigen Prozess, der den Betrieben viel Durchhaltevermögen abverlangt. „Dabei verstehen die engagierten Unternehmen die Integration von Geflüchteten in erster Linie als eine humanitäre Frage – und nicht als Antwort auf den Fachkräftemangel“, sagt Simon. Dennoch investierten die Betriebe in Aus- und Weiterbildung. Viele Geflüchtete, die erst Schnuppertage oder Praktika in Firmen gemacht haben, sind inzwischen in einer Berufsausbildung angekommen.

Schott hat rund 120 Azubis mit steigender Tendenz. Zwei Geflüchtete lassen sich zum Industriemechaniker ausbilden, einer zum Maschinen- und Anlagenführer. Gerade endete ein Projekt mit 17 Deutsch-Kursen für Asylbewerber seit 2015. „Unser Ansatz war nicht, Lücken zu schließen, sondern Verantwortung zu übernehmen“, sagt Sprecher Jürgen Steiner. In den Kursen sollten auch Gleichberechtigung, Respekt und Pünktlichkeit vermittelt werden. „Wir brauchen die Leute, die bereit sind, sich zu integrieren und respektvoll mit anderen umgehen können“, betont Ausbildungsleiter

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Leinweber. „Die Schulabgänger werden weniger und der Trend zum Studieren wird immer stärker.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hält einen Arbeitsplatz, Bildung und gute Deutschkenntnisse für die Schlüssel gelingender Integration. DGB-Landeschef Dietmar Muscheid sieht aber noch Hürden. „Wir fordern deshalb eine Ausweitung der Sprachförderung.“ Außerdem brauchten die Jobcenter mehr Personal. „Gerade hier wäre die individuelle Förderung so wichtig, damit aus Arbeitskräften Fachkräfte werden können, die nicht im Niedriglohnsektor verharren.“ Zur Fachkräftesicherung seien mehr Anstrengungen nötig. „Die Integration in den Arbeitsmarkt geschieht nicht über Nacht“, sagt er.

### ***Ministerpräsidentin: Einwanderungsgesetz muss bald kommen***

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) dringt auf ein Einwanderungsgesetz, das CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben. „Deutschland braucht Fachkräfte. Wir müssen das regeln, und wir können damit auch Menschen aus der ganzen Welt Möglichkeiten geben, hier ganz legal einzureisen und hier Arbeit aufzunehmen“, sagte Dreyer.

Bei Mohsen war es anders, sein Asylantrag wurde nach seiner Flucht aus religiösen Gründen anerkannt. Wenn bei ihm alles gut geht, wird er im nächsten Jahr nach dem Ende der Ausbildung übernommen. Sein Ziel ist, in Deutschland zu leben und sich zu integrieren. Ein Rezept dabei: „Ich koche Persisch, aber ich rede nicht immer Persisch“, sagt er in praktisch fehlerlosem Deutsch.

**Oliver von Riegen (Mainz)**

## **Deutlich mehr Mittel für „Aufstiegs-Bafög“**

**Wiesbaden (dpa)** – 2017 standen für Teilnehmer von Fortbildungsmaßnahmen für berufliche Weiterentwicklung deutlich mehr Fördermittel zur Verfügung. Wie das Statistische Bundesamt am 5. Juli berichtete, waren insgesamt 641 Millionen Euro „Aufstiegs-Bafög“ vorhanden – das waren 64 Millionen Euro mehr als im Jahr 2016. Daraus wurden Darlehen in Höhe von rund 275 Millionen Euro erteilt. Die Zahl der geförderten Menschen stieg um 1,7 Prozent auf 165 000, darunter gut ein Drittel Frauen.

Mit dem „Aufstiegs-Bafög“ erhalten Teilnehmer von beruflicher Aufstiegsfortbildung finanzielle Unterstützung zum Lebensunterhalt oder für die Kosten der Bildungsmaßnahme. Ähnlich wie schon in den Vorjahren waren die

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

gefragtesten Berufe mit einer Fortbildungsmaßnahme bei den Männern der geprüfte Industriemeister Metall, gefolgt vom staatlich geprüften Maschinenbautechniker und vom staatlich geprüften Elektro-Techniker. Die häufigsten geförderten Berufe bei den Frauen waren die staatlich anerkannte Erzieherin, gefolgt von der geprüften Wirtschaftsfachwirtin und der Friseurmeisterin.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im vergangenen Jahr unter anderem Darlehen in Höhe von 154 Millionen Euro für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren bewilligt, für den Lebensunterhalt 205 Millionen Euro, für den Kindererhöhungsbetrag acht Millionen Euro, für die Kosten während der Prüfungsvorbereitungsphase drei Millionen Euro sowie für das Meisterstück eine Million Euro.

„Die positiven Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen: Das Aufstiegs-Bafög ist das größte berufliche Karriereprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU). Möglichst viele junge Menschen sollten wissen, dass sich die berufliche Weiterbildung lohnt. „Die klare Botschaft ist: Mut zum Aufstieg in der beruflichen Bildung lohnt sich.“ Sie wollte das Programm in dieser Legislaturperiode, also bis 2021, mit 350 Millionen Euro weiter ausbauen. Eine Erhöhung ist im Koalitionsvertrag von Union und SPD vorgesehen.

## **Azubis in S-A sollen höhere Zuschüsse für Fahrtkosten bekommen**

**Magdeburg (dpa)** – Lehrlinge in Sachsen-Anhalt sollen künftig deutlich mehr Zuschüsse vom Land für ihre Fahrt zur Berufsschule bekommen. Das Land will im nächsten Jahr drei Millionen Euro bereitstellen, wie Regierungssprecher Matthias Schuppe am 3. Juli in Magdeburg sagte. Das ist das Fünfundzwanzigfache des diesjährigen Budgets. Mit der Unterstützung soll die Ausbildung im Vergleich zum Studium attraktiver werden. Den Zuschuss sollen alle Lehrlinge beantragen können, egal ob sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Auto oder Zweirad unterwegs sind, sagte Verkehrsminister Thomas Webel (CDU). Zudem werde weiter die Einführung eines Azubi-Tickets geprüft. Wirtschaftsvertreter und Gewerkschaften hatten wiederholt ein solches bezuschusstes Ticket und eine Anhebung der Fahrtkostenzuschüsse gefordert.

## **FORSCHUNGSPOLITIK**

### **Deutschland bekommt das meiste Forschungsgeld aus EU-Programm**

**Berlin (dpa)** – Deutschland und Großbritannien haben aus einem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation in den Jahren 2014 bis 2016 die meisten Fördergelder eingeworben. Hochschulen und Forschungsinstitute in der Bundesrepublik sammelten in diesem Zeitraum insgesamt 3,9 Milliarden Euro, dicht gefolgt von britischen Forschungseinrichtungen mit 3,6 Milliarden Euro, wie aus dem Förderatlas 2018 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hervorgeht. Beide Länder liegen deutlich vor Frankreich (2,4 Mrd. Euro), Spanien (2,1 Mrd. Euro) und Italien (1,9 Mrd. Euro).

„Diese Ergebnisse sind einerseits sehr erfreulich für die deutsche und auch für die britische Wissenschaft, andererseits machen sie deutlich, welche Herausforderungen auf Wissenschaft und Forschung in Deutschland, in Großbritannien und in ganz Europa mit dem „Brexit“ zukommen“, sagte DFG-Präsident Peter Strohschneider am Donnerstag bei der Vorstellung des Atlas in Berlin.

Der DFG-Atlas erscheint alle drei Jahre. Aufgrund umfangreicher Daten aller großen öffentlichen Forschungsförderer in Deutschland und der EU vermittelt er ein umfassendes Bild über Qualität, Umfang und Wechselbeziehungen der Forschungsträger.

#### ***LMU München warb die meisten DFG-Fördergelder ein***

In Sachen DFG-Mittelbewilligungen baute die LMU München ihre führende Position unter den deutschen Hochschulen aus. Sie bekam zwischen 2014 und 2016 Mittel in Höhe von 315,8 Millionen Euro zugesprochen. Dahinter rangierte die Universität Heidelberg mit 292,2 Millionen Euro, auf Platz drei folgte die RWTH Aachen mit 281 Millionen Euro. Unter den Top 10 waren auch die TU München, die FU Berlin, die TU Dresden sowie die Universitäten Freiburg und Tübingen, die HU Berlin und die Universität Göttingen.

Die Veränderungen in dieser Spitzengruppe und auch im Mittelfeld sind vor allem auf die zweite Phase der Exzellenzinitiative zurückzuführen. So kletterte Dresden mit seinem Zukunftskonzept genauso weiter nach oben (von Rang 10 auf 6) wie Tübingen (von 14 auf 8) und Bremen (von 27 auf 17), während Göttingen (von 6 auf 10) und das KIT Karlsruhe (von 8 auf 18) wegen nicht fortgesetzter Zukunftskonzepte schlechter platziert sind.

Aufgeschlüsselt nach Wissenschaftsbereichen, warben in den Geistes- und Sozialwissenschaften die FU und HU Berlin die meisten Mittel ein. In den

Lebenswissenschaften lagen die LMU, die Universitäten Heidelberg, Freiburg, Göttingen und die TU München vorn, in den Naturwissenschaften die Universitäten Mainz, Hamburg und Bonn. In den Ingenieurwissenschaften flossen die meisten DFG-Mittel an die RWTH Aachen, gefolgt von der Universität Erlangen-Nürnberg und der TU Dresden.

**Kirsten Baukhage (Berlin)**

### **Internet:**

- Förderatlas 2018 0<http://dpaq.de/TTu99>

## **Ein Jahr nach dem Abbruch: Gigantischer Eisberg steckt fest**

**Bremerhaven/Hildesheim (dpa)** – Ein Jahr nach dem Abbruch eines gigantischen Eisbergs vom Larsen-C-Schelfeis in der Antarktis hat sich der Koloss bisher kaum von der Stelle gerührt. „Er ist noch nicht weit gekommen, weil er über das letzte Jahr hinweg vom Meereis und der Strömung immer wieder an die Schelfeiskante gedrückt wurde“, sagte Daniela Jansen, Glaziologin am Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung.

An der Nordseite scheine er auf eine Untiefe gelaufen zu sein, wo zuvor schon mehrere kleine Eisberge gestrandet waren. „Dort hängt er aber nur lose fest und bewegt sich weiterhin mit Strömung und Gezeiten“, erklärte Jansen. Bisher habe sich der Eisberg rund 50 Kilometer aus der Lücke bewegt, die er im Schelfeis hinterließ. Bis er sich endgültig wegbewegt, könne es noch eine Weile dauern. „Vielleicht löst er sich im nächsten antarktischen Sommer. Über kurz oder lang wird er nach Norden weiterdriften.“

Der Tafelberg, dem Wissenschaftler die Bezeichnung A68 gaben, hatte sich zwischen dem 10. und 12. Juli 2017 gelöst. Es ist einer der größten Eisberge, die Forscher in den vergangenen Jahrzehnten registrierten. Damals war er 175 Kilometer lang und bis zu 50 Kilometer breit. Inzwischen sind einige Eismassen an der Kante von A68 abgebrochen. Das zeigen Satelliten- und Radarbilder. „Die Form des Eisbergs hat sich dadurch aber nicht sehr geändert“, sagte Jansen.

Forscher hatten befürchtet, dass durch solche Abbrüche langfristig das gesamte Larsen-C-Schelfeis zerfallen könnte. Schelfeise sind auf dem Meer schwimmende Eisplatten, die von Gletschern gespeist werden und mit ihnen noch verbunden sind. In den letzten 20 Jahren sind sieben Schel-



feise an der Antarktischen Halbinsel zerfallen oder stark zurückgegangen – darunter Larsen A und Larsen B. In der Folge fließen Eisströme einiger Gletscher ungebremst ins Wasser, was letztlich zur Erhöhung des Meeresspiegels beiträgt.

Im Moment sehe das verbliebene Larsen-C-Schelfeis einigermaßen stabil aus, betonte Jansen. „Aber es gibt einige größerer Risse, die wir weiter beobachten.“ Das Larsen-Schelfeis liegt im sogenannten Weddellmeer. Dort liegt das vom Inland kommende Gletschereis teils Hunderte Kilometer weit auf dem Meer auf. Ungefähr 665 000 Quadratkilometer des Weddellmeers sind von diesem – aus gefrorenem Süßwasser bestehenden – Schelfeis bedeckt.

### ***Greenpeace wirbt für neues Schutzgebiet im Weddellmeer***

Für den Schutz der Antarktis wirbt die Umweltorganisation Greenpeace jetzt in rund 70 Städten Deutschlands mit gelben Schildern. Ein Wegweiser zum antarktischen Weddellmeer steht zum Beispiel in der Innenstadt von Hildesheim und gibt dort die Richtung und eine Entfernung von 14 382 Kilometern an. Im Weddellmeer sei das Ökosystem noch intakt und die Artenvielfalt groß, sagte Detlef Ramisch von Greenpeace Hildesheim am 4. Juli zu der Aktion.

Greenpeace will mit der Kampagne Unterschriften sammeln, um einen Antrag der Europäischen Union bei der Antarktis-Kommission CCAMLR zu unterstützen. Die Kommission wird im Oktober über ein mögliches neues Schutzgebiet im Weddellmeer entscheiden. Das sei nur einstimmig möglich, erklärte Ramisch.

Das antarktische Weddellmeer ist nach Greenpeace-Angaben mit 1,8 Millionen Quadratkilometern fast fünfmal so groß wie Deutschland und Rückzugsort von Walen, Pinguinen, Robben und Albatrossen. Die Antarktis-Kommission hatte 2016 bereits das Rossmeer am Südpol zum Schutzgebiet erklärt. Das Meeresschutzgebiet ist 1,6 Millionen Quadratkilometer groß und damit das größte der Welt. In rund 72 Prozent der Fläche, einer Art Tabuzone, wird der kommerzielle Fischfang verboten. In den übrigen Gebieten wird das begrenzte Fischen nach Riesen-Antarktisdorsch oder Krill erlaubt sein.

**Janet Binder (Bremen) und Kristina Wienand (Hannover)**

#### **Internet:**

- Informationen des AWI zum Schelfeis-Abbruch <http://dpaq.de/kPPwa>
- EU-Kommission über die CCAMLR und das Meeresökosystem in der Antarktis <http://dpaq.de/GUk6b>
- Greenpeace-Kampagne Antarktis <http://dpaq.de/1lcjQ>

### **Krebsforschung: 50 Millionen Euro für fünf Zentren in Deutschland**

**Berlin/Dresden (dpa)** – Mit insgesamt 50 Millionen Euro fördert die Deutsche Krebshilfe in den kommenden Jahren die Arbeit junger Krebsforscher in Deutschland. Das Geld komme über einen Zeitraum von fünf Jahren medizinischen Fakultäten in Dresden, Frankfurt, Hamburg, Köln/Bonn und Würzburg zugute, gab die Krebshilfe am 4. Juli in Berlin bekannt.

Die neuen sogenannten Mildred-Scheel-Nachwuchszentren erhalten demnach pro Jahr je zwei Millionen Euro. Sie sollen „bestmögliche Arbeitsbedingungen“ für talentierte junge Wissenschaftler schaffen. Dazu zählt etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei einer Karriere in der Krebsforschung.

Hintergrund der Initiative sei ein „eklatanter Mangel“ an jungen Wissenschaftlern, erklärte die Organisation. Befürchtet wird demnach, dass sich die Versorgung Krebskranker nur schwer weiterentwickelt.

Die Zentren sind nach der Gründerin der Krebshilfe benannt. Die Ärztin Mildred Scheel, Ehefrau des früheren Bundespräsidenten Walter Scheel, war selbst an Krebs erkrankt und starb daran 1985. Sie wurde 52 Jahre alt.

Große Summen verdankt die Krebshilfe Spendern. Allein aus Erbschaften und Vermächtnissen kamen im Vorjahr 72,8 Millionen Euro.

In Deutschland erkrankt jedes Jahr fast eine halbe Million Menschen neu an Krebs. Nach Schätzungen geht jeder zweite Fall auf einen ungesunden Lebensstil zurück – auf Rauchen, unausgewogene Ernährung, Bewegungsmangel, zu viel Alkohol und zu viel UV-Strahlung.

#### **Internet:**

- Krebshilfe <http://dpaq.de/MZavh>
- Mitteilung <http://dpaq.de/GkIAG>

### **Wissenschaftler graben 2019 wieder in der Grube Messel**

**Wiesbaden/Messel (dpa)** – Die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen erlaubt wieder wissenschaftliche Grabungen im Unesco-Weltnaturerbe Grube Messel. Das vor mehr als einem Jahr erlassene Moratorium sei aufgehoben, teilte Wissenschafts-Staatssekretär Patrick Burghardt (CDU) am 5. Juli mit. „Wir sind frohen Mutes, dass wir 2019 wieder graben können“, sagte der Sprecher des grabenden Senckenberg Forschungsinstituts, Sören Dürr, in Frankfurt. Senckenberg müsse zuvor noch einen Antrag stellen, gehe aber davon aus, dass dieser genehmigt werde. 2018 könnten die

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Grabungen aus organisatorischen Gründen noch nicht wieder fortgesetzt werden.

Die Grube Messel gehört seit 1992 dem Land Hessen und wird von der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung mit Sitz in Frankfurt betrieben. Zu den spektakulärsten Entdeckungen aus der Zeit vor 48 Millionen Jahren zählen der Halbaffe „Ida“ und die Urfpferdchen. Die Grube ist eine von nur drei Unesco-Weltnaturerbebestätten in Deutschland, die beiden anderen sind das Wattenmeer und Buchenwälder.

Die Probegrabungen im Mai und Juni seien „zielführend verlaufen“, sagte Burghardt, der auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Welterbe Grube Messel gGmbH ist. Es seien unterschiedliche Mess- und Dokumentations-techniken sowie Grabungs- und Bergungsmethoden ausprobiert worden. Dabei seien mehrere Fossilien geborgen worden, darunter Fragmente einer Fledermaus und eines Vogels sowie vollständige Fische.

Hintergrund des Moratoriums waren Bedenken, dass durch die Grabungen der Status als Weltnaturerbe gefährdet werden könnte. Nach 25 Jahren ununterbrochenen Grabens sollten Grabungs- und Dokumentationsmethodik überprüft werden. Die alten Richtlinien aus den 1990er Jahren würden überarbeitet, erläuterte Dürr.

Burghardt sagte: Das „wirklich faszinierende und besondere Naturdenkmal“ müsse weiterhin erhalten und geschützt werden. Zugleich solle es aber auch wieder der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden. Die Besucher sollten zudem wieder vor Ort erleben können, wie die Wissenschaftler arbeiteten.

## **Nobelpreisträgerin Gesellschaft ist gnadenlos**

**Tübingen (dpa)** – Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard (75) beklagt den steinigen Weg für Frauen in die Forschung. „Die Gesellschaft ist gnadenlos“, sagte die einzige Deutsche, die bislang den Nobelpreis für Medizin bekam, dem Magazin „Brigitte Wir“ (Ausgabe 04/2018). „Sie will nicht nur, dass Frauen Führungspositionen haben, sie sollen auch die idealen Mütter und hervorragende Gattinnen sein, toll aussehen und das soziale Gefüge im Institut betreuen.“ Frauen müssten „die absoluten Idealgeschöpfe“ sein. „Das ist eine Gemeinheit“, monierte die ehemalige Direktorin des Tübinger Max-Planck-Institutes für Entwicklungsbiologie. Im Moment würden zwar mehr Frauen in die Forschung berufen, aber noch immer sei die Zahl ziemlich gering.

## **HOCHSCHULE**

### **Nürnberg bekommt Technische Uni mit „bundesweitem Modellcharakter“**

**Nürnberg (dpa)** – Bis zum Jahr 2025 soll die neue Technische Universität Nürnberg (TUN) den Betrieb aufnehmen. Mit einer einzigartigen Kombination aus Technologie sowie Geistes- und Sozialwissenschaften werde sie „bundesweiten Modellcharakter“ haben, sagte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nach der Kabinettsitzung am 3. Juli in Nürnberg. „Wir wollen keine einseitigen Techniknerds, sondern international ausgewiesene Technikexperten mit Social Skills“, ergänzte Wissenschaftsministerin Marion Kiechle (CSU).

Nach Angaben des Präsidenten der Technischen Universität München, Wolfgang Herrmann, der die Strukturkommission geleitet hat, sollen mindestens 20 Prozent der Lehrinhalte aus den Geistes- und Sozialwissenschaften stammen. Es werde zudem keine Gliederung in klassische Fakultäten geben, „die sich abschotten und ihre eigene Sache machen“, sondern Forschungsdepartments mit interdisziplinärem Charakter, die „Lehre als gemeinsame Sache der ganzen Universität“ verstehen. Auch Söder betonte, die Eckpunkte der Kommission würden „für ein völlig neues universitäres Denken sorgen“.

#### ***Ein Professor auf 25 Studenten – bundesweit einzigartig***

Mit 200 bis 240 Professoren könnten die 5000 bis 6000 Studenten an der TUN optimal betreut werden. Ein Verhältnis von einem Professor zu 25 Studenten sei deutschlandweit einzigartig, sagte Kiechle. Bei den besten Unis hierzulande kämen auf einen Professor 60 bis 90 Studierende.

Die neue Uni soll 1800 bis 2000 Mitarbeiter beschäftigen und sechs „innovative Fächer“ anbieten. Die Vorlesungen sollen überwiegend auf Englisch gehalten werden und Gründerzentren den Studenten erste Schritte in die Wirtschaft ermöglichen. Söder rechnete mit Kosten von etwa 1,2 Milliarden Euro für die TUN. Der geplante Standort im Nürnberger Süden mit einer Größe von etwa 40 Hektar ermögliche eine echte Campus-Uni. Die TUN solle „international ausgerichtet“ sein und keine Konkurrenz, sondern eine „optimale Ergänzung“ zur bestehenden Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) werden.

In die Erweiterung der FAU will der Freistaat 1,5 Milliarden Euro investieren und in die Technische Hochschule (TH) Nürnberg 300 Millionen Euro. Das Geld soll laut Söder in den „nächsten 30 Jahren“ fließen. Das Kabinett tagte wegen des Schwerpunkts auf nordbayerische Themen in Nürnberg.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - HOCHSCHULE

Das Kabinett beschloss, für die bisher auf mehrere Standorte verteilte Philosophische Fakultät der FAU den „Himbeerpalast“ in Erlangen zu kaufen – das denkmalgeschützte ehemalige Siemens-Hauptverwaltungsgebäude. Das rötliche Gebäude soll im Innenhof eine Bibliothek bekommen sowie einen Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Technische Fakultät soll zudem auf dem Campus im Erlanger Süden zusammengeführt werden. Weitere angrenzende Flächen, die schon dem Staat gehören, sollen für die Uni nutzbar gemacht und ein Teil des nahegelegenen „Siemenscampus“ gekauft werden. Die Fakultät sei von 1500 auf mehr als 11 000 Studenten gewachsenen.

**Catherine Simon (Nürnberg)**

### **Internet:**

- Mitteilung <http://dpaq.de/2GS3F>

## **Humboldt-Universität gründet Institut für Islamische Theologie**

**Berlin (dpa)** – Nach monatelangen Debatten gründet die Berliner Humboldt-Universität (HU) ein Institut für Islamische Theologie. Das Kuratorium stimmte am 29. Juni bei einer Enthaltung für die Gründung des Instituts, an dem vom kommenden Semester an Imame und Religionslehrer ausgebildet werden sollen, wie die Universität mitteilte. Umstritten ist vor allem, dass dem Institutsbeirat nur traditionell-konservative Islamvertreter angehören werden. Ähnliche Institute gibt es schon an anderen Universitäten in Deutschland.

Gegen die Zusammensetzung des Beirats war Protest lautgeworden. Kritik äußerten die Menschenrechtsanwältin Seyran Ates, Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin, sowie die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus und die Grünen. Sie forderten, dass dem Beirat auch liberale Muslime angehören sollten. Neben zwei Wissenschaftlern werden im Gremium Vertreter der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden (IGS), der Zentralrat der Muslime und die Islamische Föderation in Berlin sitzen.

Dem Beirat wird ein Vetorecht aus religiösen Gründen bei der Besetzung von Professuren eingeräumt. Entschieden werden soll mit Zweidrittelmehrheit. Zunächst werden vier Professuren ausgeschrieben. Das Land Berlin stellt bis 2022 dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - HOCHSCHULE

HU-Präsidentin Sabine Kunst erklärte, die Universität werde die islamische Theologie in ihr wissenschaftliches Netzwerk einbinden – sowohl in ihrer sunnitischen wie schiitischen Ausrichtung, den zwei großen Strömungen im Islam. In dem Beschluss wird betont, dass der Beirat keine Mitglieder aufnehmen darf, deren Positionen mit dem Grundgesetz und der demokratischen Ordnung unvereinbar sind.

Hintergrund ist die Kritik an dem schiitischen Verband IGS, der jetzt dem Beirat angehören wird. Die Opposition im Abgeordnetenhaus und der Grünen-Politiker Volker Beck hatten von der IGS eine Distanzierung von der jüngsten Al-Quds-Demonstration in Berlin gefordert, an der Verbandsvertreter teilgenommen hatten. An dem vom Iran ausgerufenen „Jerusalem-Tag“ wird immer wieder die Vernichtung Israels gefordert. Die IGS erklärte am 28. Juni, sie verurteile jede Form von Gewalt und Aufrufe zur Zerstörung. Trotzdem werde sie als extremistisch diffamiert.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) hatte den Al-Quds-Marsch als „widerlich“ bezeichnet. Antisemitismus werde auch in der islamischen Theologie in Berlin keinen Platz haben, hatte Wissenschafts-Staats-Sekretär Steffen Kracht (SPD) erklärt.

**Esteban Engel (Berlin)**

### **Internet:**

- Mitteilung <http://dpaq.de/HIHJU>

## **Mehr Wissenschaftler an den Hochschulen**

**Wiesbaden (dpa)** – An deutschen Hochschulen haben zuletzt etwas mehr Wissenschaftler gearbeitet. Wie das Statistische Bundesamt am 6. Juli mitteilte, stieg die Zahl der im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich Beschäftigten an Hochschulen und Hochschulkliniken im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozent auf 393 400 Menschen. Der Frauenanteil lag Ende 2017 wie bereits im Vorjahr bei 39 Prozent.

An der Geschlechtergerechtigkeit hat sich demnach nicht viel geändert: Je höherrangig der Job ist, desto geringer ist weiter der Frauenanteil. Mit einem Plus von 1,2 Prozent lehrten im vergangenen Jahr 47 400 Professoren an den Hochschulen. Weiblich waren davon mit einem minimalen Plus von 0,7 Prozent nur 24 Prozent.

Demgegenüber steht ein Frauenanteil von 70 Prozent bei Verwaltungs-, technischem und sonstigem Personal an Hochschulen. Insgesamt stieg die Zahl der Beschäftigten in dieser Gruppe um 1,6 Prozent auf 309 400. Ein-

schließlich des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals arbeiteten Ende 2017 an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken 702 800 Menschen – 1,7 Prozent mehr als im Jahr 2016. Der Frauenanteil lag dann insgesamt bei 53 Prozent.

### **Internet:**

- Mitteilung des Statistischen Bundesamtes <http://dpaq.de/RmLhQ>

## **Weniger Zulassungsbeschränkungen an Unis**

**Gütersloh (dpa)** – Der Anteil der Studiengänge mit Zulassungsbeschränkungen an deutschen Hochschulen geht zurück. Im kommenden Wintersemester sind 41,1 Prozent aller Studiengänge mit einem Numerus Clausus (NC) belegt, wie das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) für seinen am 4. Juli veröffentlichten Numerus-Clausus-Check ermittelt hat. Das sind 4,4 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. „Die deutlich gesunkene bundesweite NC-Quote zeigt, dass sich die Hochschulen immer besser auf den Studierendenboom einstellen“, sagte CHE-Geschäftsführer Frank Ziegele laut Mitteilung.

In den vergangenen fünf Jahren sind rund 2500 der aktuell 19 000 Studienangebote hinzugekommen. Bei den NC-Quoten gibt es deutliche regionale Unterschiede. Auf Länderebene gelten in Berlin (64,8 Prozent) und Hamburg (64,4 Prozent) jeweils für fast Zweidrittel aller Fächer Zulassungsbeschränkungen. Auch im Saarland ist die NC-Quote mit 60,3 Prozent sehr hoch. In Thüringen hingegen ist nur eines von fünf Fächern mit einem NC belegt (20,3 Prozent). Auch in Mecklenburg-Vorpommern (21,1 Prozent) und Rheinland-Pfalz (22,6 Prozent) sind die Chancen auf einen Studienplatz gut. Bei den Hochschulstädten gelten die meisten Zugangsbeschränkungen in Hannover, Karlsruhe und Köln.

Bei den Fächern gibt es ebenfalls große Unterschiede. Bei den Sprach- und Kulturwissenschaften sind 70 Prozent aller Studiengänge ohne NC. Wer aber Jura, Wirtschafts-, Gesellschafts- oder Sozialwissenschaften studieren will, muss bei mehr der Hälfte der Angebote mit einer Beschränkung rechnen. Die schärfsten NC gelten für die Studiengänge Medizin, Pharmazie und Psychologie.

Gesellschafter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) sind die Bertelsmann-Stiftung und die Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz.

### **Ministerin eröffnet erste Denkfabrik der Bundeswehr in Hamburg**

**Hamburg (dpa)** – Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat in Hamburg die erste sogenannte Denkfabrik der Bundeswehr eröffnet: das German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS). Damit werde ein neues Kapitel Bundeswehrgeschichte geschrieben, sagte die Ministerin am 30. Juni bei einem Festakt auf dem Gelände der Helmut-Schmidt-Universität, der Hamburger Hochschule der Bundeswehr. Das neue Institut soll einen Beitrag zur Strategiefähigkeit der Bundeswehr leisten und die Bundesregierung in diesem Bereich beraten.

Die aktuellen Entwicklungen und die absehbaren Herausforderungen der Zukunft verlangten mehr denn je die Fähigkeit, strategisch zu denken, betonte die Ministerin. Dabei gehe es etwa um die Dynamik im asiatisch-pazifischen Raum, die Herausforderungen im transatlantischen Verhältnis sowie die Konfliktherde an den Grenzen Europas. Aber auch die Folgen von Klimawandel, Versteppung ganzer Regionen und daraus folgender Armut, Perspektivlosigkeit und der absehbar steigende Migrationsdruck bildeten den Hintergrund der Arbeit im GIDS. Es seien Antworten nötig, die langfristig tragen, sagte von der Leyen.

#### **Internet:**

- Strategietagung zur Gründung der „Denkfabrik“ der Bundeswehr <http://dpaq.de/sCaVC>

### **Studium geschmissen, Job gefunden – Chancen für Studienabbrecher**

**Frankfurt/Main (dpa)** – Zu hohe Anforderungen, verpatzte Prüfungen, Geldsorgen oder fehlende Motivation – das sind nach Angaben des hessischen Wissenschaftsministeriums die Gründe für zwei von drei Studienabbrüchen. Das Ministerium stützt sich dabei auf eine Untersuchung der Gesellschaft Hochschul-Informationen-System (HIS). Fast jeder dritte Hochschüler in Deutschland bricht in der Frühphase sein Studium ab, wie eine im Jahr 2017 vorgelegte Studie ermittelt hat.

Es sei weder ein großes Drama noch ein Stigma, sein Studium zu schmeißen, zumindest in unteren Semestern, sagt Harald Parzinski. Er ist Koordinator des Landesprogramms „Netzwerk – berufliche Integration von Studienabbrechenden in Hessen“. Der Studienabbruch sei deshalb oftmals kein Beinbruch, weil viele Ausbildungsbetriebe sehr interessiert an den Ex-Studenten seien. „Sie sind die ideale Zielgruppe, weil sie älter und erfahrener sind.“ Und die formalen Qualifikationen stimmten dank Abitur auch.



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - HOCHSCHULE

Rein ins Biologie-Studium, gewechselt zur Geografie – und nun steht für Max Groß Krawattenbinden an. Der 25-Jährige hat sein Studium abgebrochen und beginnt bald bei der Sparkasse eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Warum es an der Uni nicht geklappt hat? Da war zunächst fehlendes Vorwissen in Chemie und später die Erkenntnis, „dass Studieren an sich vielleicht doch nichts für mich ist“. Zumal ihm lange nicht klar gewesen sei, welchen Beruf er nach dem Studium eigentlich ergreifen soll, wie Groß erzählt.

Bei manchen spielt auch die Unsicherheit über die Jobaussichten ihres Faches eine Rolle, wie Andrea Heinz von der Zentralen Studienberatung der Universität Gießen sagt. Sie berät Studenten mit Fächerfrust und weiß aus Erfahrung: „Studienzweifel kann in verschiedene Richtungen führen.“ Für den einen sei ein anderer Abschluss – Germanistik auf Lehramt statt Bachelor – die Lösung, für den anderen ein Wechsel des Studienfachs oder eben als Alternative eine betriebliche Ausbildung.

### ***Studienabbrecher als Azubis sehr gefragt bei Firmen***

„Studienabbrecher sind eine gesuchte Spezies“, bestätigt Frank Ziemer, der stellvertretende Geschäftsführer im Bereich Aus- und Weiterbildung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt. Das sagt er auch mit Blick auf den Fachkräftemangel und darauf, dass viele der heutigen Hochschüler früher eine Lehre begonnen hätten. Für Unternehmen sei häufig auch unerheblich, dass die Ex-Studenten keine geradlinige Vita mehr vorweisen könnten. „Die meisten Lebensläufe sind heute ganz bunt.“ Wichtiger sei die Persönlichkeit, die Motivation und die Aussicht für Betriebe, die Kandidaten am Ende der Ausbildung halten zu können.

Dass auf die Abbrecher alternative Karrierechancen warten, zeigt auch die Untersuchung aus dem Jahr 2017: Die Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) kam zu dem Ergebnis, dass bereits ein halbes Jahr nach dem Abschied von der Uni 43 Prozent eine schulische oder betriebliche Berufsausbildung aufgenommen hatten und 31 Prozent erwerbstätig waren.

Trotz der Chancen – eines darf Parzinski zufolge nicht passieren: Dass Studenten jahrelang in einer „Leerlaufphase“ bleiben, es jedes Semester aufs Neue mit ihren Vorlesungen und Seminaren versuchen, aber nicht weiterkommen. „Je älter man wird, desto schwieriger fällt der Schritt.“

**Carolyn Eckenfels (Frankfurt/Main)**

### ***Internet:***

- Infos „Zweifel am Studium“ <http://dpaq.de/VJO2m>
- Beratungen IHK Darmstadt Rhein Main Neckar <http://dpaq.de/k9v7D>

### Neue Uni-Rektoren in Halle und Berlin

**Halle/Berlin (dpa)** – Christian Tietje ist zum neuen Rektor der Martin-Luther-Universität (MLU) Halle-Wittenberg gewählt worden. Der 51-Jährige erhielt am 4. Juli 24 von 42 Stimmen des Senats, wie die MLU mitteilte. Der Wirtschaftsrechtler folgt damit auf den Kirchenhistoriker Udo Sträter, der acht Jahre lang an der Spitze der Hochschule stand und sich aus Altersgründen nicht erneut zur Wahl stellte. Als zweiter Kandidat hatte sich der Musikpädagoge Georg Maas (60) um das Amt beworben.

Tietje war zuletzt Universitätsprofessor an der Juristischen Fakultät der MLU. Die Amtszeit des neuen Rektor beginnt am 1. September 2018 und dauert bis zum 30. August 2022.

Die 500 Jahre alte Universität hat 20 000 Studenten. Es gibt 260 Studienangebote, darunter in Geistes- und Wirtschaftswissenschaften sowie Medizin.

#### ***Mathematiker Ziegler übernimmt Amt des FU-Präsidenten***

Der Mathematiker Günter M. Ziegler ist neuer Präsident der Freien Universität Berlin (FU). Am 6. Juli wurde er feierlich in das Amt eingeführt. Der bisherige Präsident Peter-André Alt wechselt zum 1. August an die Spitze der Hochschulrektorenkonferenz. Nach zwei Amtszeiten seit 2010 stand der Literaturwissenschaftler damit nicht mehr zur Verfügung.

Ziegler, der seit 2011 an der FU forscht und lehrt, war Anfang Mai zu Alts Nachfolger gewählt worden. Er gilt als kommunikationsstark, bestens vernetzt und hat eine rasante Karriere hingelegt: Mit 24 Jahren promovierte er am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA. Mit 31 war er der jüngste Mathe-Professor an der TU Berlin. Und mit dem gebürtigen Münchner wird erstmals ein Mathematiker FU-Präsident.

An der FU im südwestlichen Berliner Ortsteil Dahlem studieren mehr als 30 000 Menschen. Sie ist seit 2007 Exzellenz-Uni. Im September fällt die nächste Förderentscheidung in der millionenschweren Exzellenzstrategie des Bundes – dabei treten die großen Berliner Universitäten inzwischen im Verbund an.

#### **Internet:**

- Zahlen, Daten, Fakten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg <http://dpaq.de/XhCZm>
- Lebenslauf Tietje <http://dpaq.de/lzeyF>
- FU Berlin <http://dpaq.de/i1GyN>
- Uni-Webseite Ziegler <http://dpaq.de/GHWct>
- Zeit online zu Ziegler <http://dpaq.de/ckQr5>

## **SCHULE**

### **Inklusion kommt schrittweise in M-V**

**Schwerin (dpa)** – In Mecklenburg-Vorpommern sollen künftig deutlich weniger Schüler Förderschulen besuchen. Doch der Umbau der Schullandschaft zur Umsetzung der Inklusionsvorgaben fällt nicht so drastisch aus wie zunächst geplant. Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) stellte ihre Pläne am 3. Juli vor. Künftig soll es noch 43 Förderschulen geben. An 35 dieser Schulen werden Kinder und Jugendliche mit geistigen Behinderungen unterrichtet, an den anderen Blinde und Sehschwache, Gehörlose, motorisch eingeschränkte Kinder sowie stark verhaltensauffällige. „Es wird weiterhin ein landesweites Netz an Förderschulen geben“, versicherte Hesse. Etwa drei Prozent der aktuell rund 150 000 Schüler im Land gingen derzeit auf solche Schulen.

Schüler mit Lernschwächen und sprachlichen Defiziten hingegen sollen im Sinne der Inklusion in Zukunft an Regelschulen zusammen mit ihren Altersgefährten unterrichtet und in speziellen Lerngruppen gefördert werden. Die etwa 40 Förderschulen, die sie bislang besuchen, werden bis 2025 schrittweise geschlossen. Kinder wurden dort nicht mehr eingeschult, sagte Hesse. Doch könne jedes Kind, das es wünsche, an diesen Schulen seinen Abschluss machen.

Parallel dazu sollen 29 Regelschulen personell und räumlich so ausgestattet werden, dass sie etwa auch blinden und stark körperbehinderten Schülern einen wohnortnahen Schulbesuch ermöglichen. Das betrifft Grund- und auch weiterführende Schulen. „Inklusion in der Schule ist individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen. Diese wollen wir insbesondere an den Regelschulen verbessern“, sagte Hesse und verwies auf die geplante Änderung des Landesschulgesetzes. Gewerkschaften, Bildungs- und Kommunalverbände können bis zum 7. September ihre Stellungnahmen zum Gesetzentwurf abgeben. Zum Schuljahr 2019/2020 soll das Gesetz in Kraft treten.

#### ***Regierung und Opposition einigten auf Inklusionsstrategie***

Die Regierungsfractionen von SPD und CDU und die oppositionelle Linke hatten sich in der vorigen Legislaturperiode im Rahmen des sogenannten Inklusionsfriedens auf eine gemeinsame Strategie verständigt und diese 2016 im Landtag beschlossen. Demnach sollen so viele Kinder und Jugendliche wie möglich eine Regelschule besuchen und bei Bedarf dort besondere Förderung erhalten. Dazu stellt das Land zusätzliche Lehrer ein, nach Ansicht von Kritikern jedoch zu wenige.

Wie die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg, sagte, soll die Zahl dieser Zusatzstellen von derzeit 237 um bis zu 80 aufgestockt werden. „Die derzeitige Situation an den Schulen zeigt, dass wir nachlegen müssen.“ Um bestehenden Förderbedarf frühzeitig erkennen zu können, werde zudem die Diagnose bei Schülern früher einsetzen als bisher.

Mit der zeitlichen Streckung des Inklusionsprozesses an den Schulen geht das Land nach Ansicht des CDU-Bildungsexperten Marc Reinhardt nun mit realistischen Erwartungen an das Thema heran. „Das Ziel der CDU-Fraktion war immer Inklusion mit Augenmaß. Schulen sind keine Gesellschaftsverbesserungs-Institute, in Schulen soll gelernt und gelehrt werden“, sagte er. Förderung schließe zudem Hilfe für schwächer und Zusatzaufgaben für stärkere Schüler gleichermaßen ein.

Die Bildungsgewerkschaft GEW äußerte sich kritisch zu den Plänen. Ein wohnortnaher Schulbesuch bleibe für viele behinderte Kinder ein Wunsch. „Es bleibt dabei, dass die Inklusionsstrategie des Landes vor allem eine Bewältigungsstrategie ist; auf Kosten der Pädagoginnen und Pädagogen, der Kinder und ihrer Eltern“, erklärte der stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Maik Walm.

**Frank Pfaff (Schwerin)**

## **Neue Standards für Inklusion an NRW-Schulen**

**Düsseldorf (dpa)** – Sonderpädagogen, Fortbildungen, genug Klassenräume: Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat ihre neuen verbindlichen Standards für den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung an weiterführenden Schulen vorgestellt. „Wir werden die Angebote an Schulen des Gemeinsamen Lernens bündeln und eindeutige Qualitätskriterien einführen“, sagte Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am 6. Juli in Düsseldorf.

Neu ist vor allem die etwas sperrige Inklusionsformel „25 – 3 – 1,5“: Demnach müssen in den Eingangsklassen der Schulen von 25 Schülern im Schnitt drei Jungen oder Mädchen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Für jede dieser Klassen erhält die Schule neben dem bisherigen Lehrer eine halbe zusätzliche Stelle. Die Mindestgrößen von Förderschulen werden gleichzeitig deutlich herabgesetzt.

Die Eckpunkte zur Neuausrichtung der Inklusion wurden bereits vom Kabinett abgesegnet, sie sollen in einem Erlass geregelt werden und ab dem Schuljahr 2019/20 gelten. Bis 2025 sollen den weiterführenden Schulen dann knapp 5800 zusätzliche Stellen für Inklusion zur Verfügung stehen.

# **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - SCHULE

Das Schulministerium geht bis dahin von einer Zusatzbelastung im Haushalt von knapp 1,4 Milliarden Euro aus.

## **Internet:**

- PM Schulministerium mit weiterführenden Links <http://dpaq.de/s1b6K>
- Bildungsportal des Ministeriums zur Inklusion <http://dpaq.de/Mc0w0>

## **Weichen für digitale Schulen im Norden gestellt**

**Kiel (dpa)** – Bildungsministerin Karin Prien sieht Schleswig-Holstein auf einem guten Weg für das digitale Lehren, Lernen und Arbeiten an Schulen. Wichtige Weichen seien gestellt, sagte die CDU-Politikerin am 2. Juli in Kiel. Lehrerfort- und Ausbildung, Modellschulen, Infrastruktur – viele Maßnahmen seien schon erfolgreich auf den Weg gebracht worden, andere stünden in den Startlöchern. Sie alle sollen im „Digitalen Bildungspaket“ zusammengeführt werden. Die digitale Entwicklung der Schulen solle systematisch vorangetrieben werden, sagte die Ministerin. „Digitalisierung ist kein Zukunftsthema, sondern ein Gegenwartsthema.“

So sei beispielsweise die Vermittlung von Medienkompetenz seit dem Wintersemester 2017/18 in allen Lehramtsstudiengängen verbindlich. Den rund 28 000 Lehrern, die bereits an den Schulen im Land unterrichten, werde ein umfangreiches Fortbildungsprogramm angeboten, um sie fit für die digitale Schulwelt zu machen.

### ***Bildungscloud soll entwickelt werden***

Des Weiteren wurden Projekte wie die Einführung einer einheitlichen Schulsoftware oder die Entwicklung einer Art „Bildungscloud“ angestoßen, über die Lehrer, aber auch Eltern und Schüler kommunizieren können sollen. Auch sollen Lehrer in Schleswig-Holstein endlich Dienst-Emailadressen erhalten. Bisher müssen Lehrer, wenn sie per Mail Absprachen treffen wollen, ihre privaten Accounts nutzen.

Die Digitalisierung der schleswig-holsteinischen Schulen soll auch aus Mitteln des Digitalpaktes des Bundes finanziert werden. Der Bund hatte den Ländern in den kommenden fünf Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro versprochen. Eine entsprechende Bund-Länder-Vereinbarung soll bis Ende des Jahres stehen.

Die SPD vermisst eigene Impulse der Ministerin. Es sei nichts vorgestellt worden, „was nicht schon von der Regierung der Küstenkoalition auf den Weg gebracht worden wäre“, sagte der schulpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Kai Vogel. „Nur dass es mit mehr Geld ausgestattet werden kann.“

### **Kretschmann: Bildungskanon im digitalen Zeitalter überprüfen**

**Heidelberg (dpa)** – Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hält es angesichts zunehmender Digitalisierung der Schulen für nötig, den Bildungskanon auf den Prüfstand zu stellen. „In der Vergangenheit haben wir immer gefragt, wo man noch etwas draufsatteln muss“, sagte der Regierungschef am 4. Juli beim Festival für digitale Bildung in Heidelberg. Neue Fächer würden allenthalben gefordert. „Ich finde, in Zeiten des Internets müssen wir auch mal darüber nachdenken, ob man vielleicht etwas weglassen kann.“

Allerdings dürfe die neue Technik nicht dazu führen, dass Lerninhalte vernachlässigt würden, betonte der ehemalige Ethiklehrer „Die Pädagogik bestimmt den Einsatz der Mittel – nicht andersherum.“ Ziel der Bildung müsse es bleiben, jungen Menschen zu einem selbstbestimmten Leben und zu fundierter Urteilskraft zu verhelfen.

Mit einer Digitalisierungsstrategie und einer Milliarde Euro in dieser Legislaturperiode strebt die grün-schwarze Landesregierung an, dass Baden-Württemberg bei den neuen Entwicklungen zur Avantgarde gehört. „Wir wollen das mitgestalten, wir wollen nicht gestaltet werden“, so Digitalisierungsminister Thomas Strobl (CDU). Dazu habe der Südwesten als Wiege vieler Tüftler und Erfinder beste Voraussetzungen.

### **Bayerische Lehrer fordern 1,5 Milliarden Euro mehr für Bildung**

**München (dpa)** – Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) fordert 1,5 Milliarden Euro mehr im Jahr für den weiß-blauen Bildungshaushalt. „Im Bildungshaushalt klaffen trotz Investitionen große Lücken“, sagte BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann am 3. Juli in München. Zudem komme das Geld nicht immer da an, wo es gebraucht werde. Nach Recherchen des BLLV fehlten jedes Jahr über 11 000 Stellen und knapp 1,5 Milliarden Euro im Bildungshaushalt, um Schule und Bildung so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen junger Menschen gerecht würden. „Das Geld ist da – allerdings werden damit häufig Versäumnisse in der Schulpolitik finanziert“, so Fleischmann.

Derweil betonte der bayerische Kultusminister Bernd Sibler (CSU) in einer Reaktion: „Jeder dritte Euro in Bayern fließt in die Bildung.“ Damit investiere man massiv in die Zukunft der Kinder. Konstruktive Anregungen zur Weiterentwicklung unseres Bildungswesens beziehe er in seine Arbeit ein. Er

betonte, dass in den kommenden Jahren zum Beispiel 500 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter eingerichtet werden sollen.

### **Religionsunterricht in Niedersachsen gefragt**

**Hannover (dpa)** – Obwohl die Zahl der religionslosen Schüler in Niedersachsen beständig steigt, ist das Interesse am Religionsunterricht weiterhin hoch. Für 2017 ergibt die vorläufige Statistik des Kultusministeriums sogar, dass deutlich mehr Schüler am evangelischen und katholischen Religionsunterricht teilnehmen, als den beiden Religionen angehören. Rund 550 000 Teilnehmern am Religionsunterricht stehen nur gut 450 000 evangelisch und katholisch getaufte Schüler gegenüber.

Von den insgesamt 724 480 Schülern an allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen besuchten im vergangenen Schuljahr 305 680 den evangelischen und 58 649 den katholischen Religionsunterricht. An einer wachsenden Zahl von Schulen organisieren die beiden Kirchen inzwischen einen gemeinsamen Religionsunterricht. Diesen konfessionell-kooperativen Religionsunterricht besuchten 185 477 Schüler. 4037 Kinder meldeten sich für den in nur einigen Schulen angebotenen islamischen Religionsunterricht an. Das Fach Werte und Normen belegten 133 716 Schüler.

Was die Religionszugehörigkeit der Schüler angeht, gehörten 334 336 der evangelischen und 111 860 der katholischen Kirche an. Die Zahl muslimischer Schüler stieg binnen nur zwei Jahren um über 10 000 auf 64 684. Anderen Religionen gehörten 43 112 Schüler an. Ohne Religionszugehörigkeit waren 170 478 Schüler.

Die Statistik dokumentiert, dass nach wie vor drei Viertel der niedersächsischen Schüler am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen. 2005 waren es noch 82,3 Prozent, 1990 noch 84,3 Prozent. Auch damals gab es bereits das Fach Werte und Normen.

Für die beiden großen Kirchen ist der Religionsunterricht von wachsender Bedeutung, denn er soll dem Umstand entgegenwirken, dass der christliche Glaube in vielen Familien nicht mehr weitergegeben wird.

### **VORSCHULE**

#### **Bessere Qualität – Mehr Geld für Kitas**

**Berlin (dpa)** – Zur Qualitätsverbesserung sollen die Kitas in Deutschland in den kommenden Jahren mehr Geld für die Kinderbetreuung bekommen als geplant. Wie Familienministerin Franziska Giffey (SPD) am 3. Juli bei den Haushaltsberatungen im Bundestag sagte, hat sich die große Koalition darauf geeinigt, die Mittel noch einmal aufzustocken. Statt der ursprünglich vorgesehenen 3,5 Milliarden Euro sollen nach ihren Worten bis zum Jahr 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die Verbesserungen der Betreuung fließen. Kitas sollen davon ebenso profitieren wie die Kindertagespflege.

Giffeys sogenanntes Gute-Kita-Gesetz ist in der Ressortabstimmung. Es soll unter anderem für verbesserte Betreuungsschlüssel und eine stärkere Qualifizierung der Erzieher sorgen. Gleichzeitig soll es dazu beitragen, dass für Eltern weniger Gebühren anfallen. Betreuungsschlüssel geben an, wie viele Kinder auf einen Erzieher kommen.

#### **Einige Kitas in NRW sollen auch nachts öffnen**

**Düsseldorf (dpa)** – Das neue nordrhein-westfälische Kita-Gesetz soll Öffnungszeiten in bestimmten Kindertagesstätten bis hin zu Betreuungen über Nacht flexibilisieren. Für Eltern, die in Randzeiten oder im Schichtdienst arbeiten, solle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden, sagte Familienminister Joachim Stamp (FDP) am 2. Juli in Düsseldorf. An bestimmten Uni-Kliniken hält der Minister auch 24-Stunden-Kitas für denkbar, in denen die Kinder von Ärzten und Pflegern übernachten können. „Aber kein Kind wird 24 Stunden in der Kita abgegeben“, schränkte er ein.

Kinder dürfen nicht länger als neun Stunden in der Tagesstätte verbringen. Auch der Sprachstand bei vierjährigen Kindern solle in Kitas weiter verbindlich überprüft werden, sagte Stamp.

Ohne ausreichendes Personal sei eine solche Reform aber nicht umzusetzen, kritisierte der Verband Bildung und Erziehung (VBE) in NRW. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges und richtiges Ziel, aber ohne ausreichend Personal und angemessene Arbeitsbedingungen kaum zu leisten“, sagte der VBE-Landesvorsitzende Stefan Behlau.

Stamp will das neue Kita-Gesetz im Januar 2019 vorlegen und vor oder nach der Sommerpause 2019 durch den Landtag bringen. Zum Kita-Jahr 2020/21 soll das reformierte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Kraft treten. Es soll vor allem die Finanzierung der rund 9800 Kindertagesstätten in NRW



vereinfachen und entbürokratisieren. Bei der Reform lässt sich Stamp von einem Experten-Beirat beraten, zu dem auch Kommunalpolitiker, Pädagogen und Elternvertreter gehören.

Die CDU/FDP-Regierung hatte den rund 9800 Kitas in NRW bereits mit einer Finanzspritze in Höhe von einer halben Milliarde Euro unter die Arme gegriffen. Für das Kita-Jahr 2019/20 sei noch eine Übergangsfinanzierung notwendig, bis das neue Gesetz komme, sagte Stamp. Wie hoch der Überbrückungsbetrag sein wird, ließ der FDP-Politiker offen. Das hänge auch vom Bundeshaushalt 2019 in Berlin ab, der noch beschlossen werden müsse. Eingeplant seien rund 108 Millionen Euro vom Bund. Verabredet sei zudem, dass auch die Kommunen einen „solidarischen Beitrag“ leisten sollten.

An dem bisherigen Finanzierungssystem mit Pauschalen für jedes Kind werde das Land festhalten, sagte Stamp. Klar sei aber, dass die Kindpauschalen in den vergangenen Jahren mit den tatsächlichen Kosten nicht mehr mithalten konnten. Er gehe davon aus, dass sich auch die Kommunen an einer dauerhaften Finanzierung entsprechend beteiligten. Die Kommunen tragen bisher rund 35 Prozent der Kita-Kosten. „Wir werden nicht alle Wünsche erfüllen können“, sagte Stamp.

Für die Erzieher-Ausbildung soll eine spezielle Akademie auf den Weg gebracht werden. Seit 2008 hat sich die Zahl der Auszubildenden im Erzieherbereich laut Ministerium von knapp 15 000 auf 25 000 erhöht. Pro Jahrgang gebe es rund 8000 Absolventen. Dem stehen jährlich knapp 2000 Erzieher gegenüber, die in Rente gehen oder den Job aufgeben. Trotz des Zuwachses fehlen in bevölkerungsstarken Regionen wie der Rheinschiene oder dem Münsterland Erzieher. Hinzu kommt die steigende Geburtenzahl, die die Nachfrage nach Kita-Plätzen erhöht. Auch für die Ausbildung von Erziehern werden Fachkräfte gebraucht.

**Dorothea Hülsmeier (Düsseldorf)**

## **Wegen Sprachförderung: Niedersachsens Kitas erhalten 32,5 Millionen**

**Hannover (dpa)** – Niedersachsens Kindergärten können zum 1. August zusätzliches Personal für die Sprachförderung einstellen. Das Kultusministerium in Hannover veröffentlichte dafür am 3. Juli die Verteilung der eingeplanten 32,5 Millionen Euro auf die 54 Jugendamtsbezirke im Lande. Das Geld werde zeitnah zum Start des neuen Kindergartenjahres angewiesen.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - VORSCHULE

Hintergrund: Trotz Erziehermangels und Kritik von Kommunen sollen in Niedersachsen künftig Erzieherinnen statt Grundschullehrern für die Sprachförderung in Kindergärten eingesetzt werden. Die waren bisher für Sprachförderstunden im letzten Kita-Jahr zuständig. Der Städtetag etwa hatte gerügt, das Land schiebe mit der Reform die Sprachförderung von Vorschulkindern auf die Kommunen ab .

Von den 32,5 Millionen Euro jährlich sind 85 Prozent für mehr Personal vorgesehen, 15 Prozent sollen in Fachberatung fließen.

### **Internet:**

- Kultusministerium zur Sprachförderung in Kitas <http://dpaq.de/Op9Aq>
- Niedersächsisches Kindertagesstättengesetz <http://dpaq.de/xxGIE>

## **Erzieherausbildung in Berlin schon mit MSA**

**Berlin (dpa)** – Weil Berlin dringend Erzieher sucht, sollen mehr Bewerber schon mit Mittlerem Schulabschluss die Ausbildung machen. Bisher brauchen Interessenten das Fachabitur oder sie müssen mehrere Jahre gearbeitet haben. Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) will das nun vorerst ändern. „Wir wollen da so schnell wie möglich in die Umsetzung gehen“, sagte sie am 29. Juni nach einem Treffen mit Verbänden, Eltern und Gewerkschaft.

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren Tausende Kitaplätze geschaffen, es fehlen unter dem Strich aber trotzdem etwa 2000 bis 3000 Plätze. Für Eltern kann die Suche zur Geduldprobe werden, manche müssen weiter fahren. Weil sie einen Rechtsanspruch auf eine wohnortnahe Betreuung haben, klagten einige gegen den Senat..

Die Situation sei in manchen Stadtteilen angespannt „wie ein Flitzebogen“, sagte der stellvertretende Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Martin Hoyer. Scheeres kündigte stattdessen eine „Übergangstrategie“ für die nächsten Jahre an. Dazu zählt etwa die Absicht, die Ausbildung direkt nach dem Mittleren Schulabschluss zuzulassen. Vor allem Ganztagschulen müssten mehr ausbilden. Wenn Menschen auf Honorarbasis in Kitas aushelfen, aber keine klassischen Erzieher sind, könnten sie bei Bewährung übernommen werden.

### **Internet:**

- Internetseite der Senatsbildungsverwaltung <http://dpaq.de/nZxbp>
- Informationen zu Wegen in den Erzieherberuf <http://dpaq.de/Aws1x> Stichwort

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - TERMINE

## TERMINE

### Juli 2018

09. Pressekonferenz des Wissenschaftsrates zu seiner Sommersitzung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/0rp0p>
09. Internationale MINT-Sommerschule 2018 „Vom Transistor zum humanoiden Roboter“, Universität Rostock, Rostock-Warnemünde, Info: <http://dpaq.de/5V09d> , (bis 13.)
09. Sommerschule: Unterricht in deutscher Sprache für geflüchtete Jugendliche, Universität Köln, Köln, Info: <http://dpaq.de/qlkwQ> , (bis 20.)
10. Tagung zum Thema „Strategische Chancen und Handlungsfelder der Digitalisierung“, Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V., Hannover, Info: <http://dpaq.de/tohcP>, (bis 11.)
11. Internationale Konferenz zum Thema „Prominenz in Sprache“, Universität Köln, Köln, Info: <http://dpaq.de/KOUME> , (bis 13.)
11. Vortrag und Diskussion mit Chemie-Nobelpreisträger Brian Kobilka (Stanford University) zum Thema „Essentiell für das menschliche Leben und Arzneimitteltherapien: der molekulare Tanz zwischen Rezeptoren und G-Proteinen“, Einstein-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ipriC>
12. Per Live-Chat zum Lehramt – erste online-Studienberatung über soziale Netzwerke, Universität Magdeburg, Facebook, WhatsApp und Instagram, Info: <http://dpaq.de/mOUtJ> <http://dpaq.de/0mASZ>
13. Eröffnung des Zentrums für Synthetische Lebenswissenschaften, Universität Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/UA99A>
17. Symposium zum Thema „Freiheit verpflichtet – was Nachhaltigkeit für die Wissenschaft bedeutet“, Bundesministerium für Bildung und Forschung und Universität München, München, Info: <http://dpaq.de/zuluB>
17. Workshop zum Thema „Potentiale und Grenzen von Praxis-Hochschul-Kooperationen in Forschung und Lehre, Bundesministerium für Bildung und Forschung, München, Info: <http://dpaq.de/MytYb>
17. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek spricht auf der Aufstiegs-BAföG-Tour mit zukünftigen Gesellen über weitere Karriereschritte, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Ibbenbüren, Info: <http://dpaq.de/siqSr>
19. Junges Forum für Medien und Hochschulentwicklung, Hochschulforum Digitalisierung, Kaiserslautern, Info: <http://dpaq.de/5njpB> , (bis 20)
25. Sommer School zum Thema „Hochschullehre im digitalen Zeitalter gestalten“, Hochschulforum Digitalisierung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/kqUos> , (bis 27.)

## dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - TERMINE

26. Bedürftige Studierende aus Entwicklungsländern können beim Studierendenwerk Bremen Anträge für ein Stipendium einreichen, Studierendenwerk Bremen, Bremen, Info: <http://dpaq.de/YfINA> m (bis 27.)

### August 2018

03. 60. Mitgliederversammlung des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften, Potsdam, Info: <http://dpaq.de/DsMbT>, (bis 5.)
12. Media Lab Berlin – Signal&Noise, Hochschulforum Digitalisierung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/mHdlu>, (bis 17.)
20. Utopie-Konferenz – Studenten entwickeln konkrete Utopie-Entwürfe, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/NM5zr>, (bis 22.)
23. Konferenz zu kultureller Diversität, Migration und Bildung, Universität Potsdam, Potsdam, Info: <http://dpaq.de/wFVpo>, (bis 25.)
23. General Conference des European Consortium for Political Research, Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/KqMDd>, (bis 26.)
25. Tage der Offenen Tür im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Info: , (bis 26.)
28. Internationale Konferenz zum Thema „Natur und Bildung“, Humboldt-Universität Berlin, Berlin, Info: <http://dpaq.de/xqad0>, (bis 1.9.)
30. 6. Flux Kongress, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/SEHE4>, (bis 1.9.)

### September 2018

11. Verleihung des Anneliese Maier-Forschungspreises und Fachkolloquium, Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/HU0ha> +49 228 833-144, (bis 13.)
12. Tagung zur 21. Sozialerhebung: „Vielfalt und Implikationen studentischer Lebenslagen“, Schloss Herrenhausen, Hannover; Info: <http://www.sozialerhebung.de/SE21tagung> (bis 13.)
13. Seminar zum Thema „(Hoch)Schule in Bewegung – Den Wandel gestalten in unsicheren Zeiten“, Akademie der Lernkulturzeit, Bonn, Info: <http://dpaq.de/4QsAy>, (bis 15.)
19. Medienmesse und Fachtagung fraMediale zum Schwerpunkt „Schnittstellen – Interfaces des Digitalen“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/ZXLYo>
24. Summer School zu nachhaltiger Chemie, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/37FEf>, (bis28.)

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - TERMINE

25. 52. Deutsche Historikertag an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Motto: „Gespaltene Gesellschaften“. Partnerland werden die Niederlande sein. Info: [www.historikerverband.de](http://www.historikerverband.de) (bis 28.)
26. GEW-Wissenschaftskonferenz zum Thema „Lust oder Frust? Qualität von Lehre und Studium auf dem Prüfstand“, GEW, Budenheim, Info: <http://dpaq.de/DQw2f>, (bis 29.)
28. Praxis-Workshop zum Thema „Digitalpotenzial – Individuelle Begabungen fördern mit digitalen Helfern“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/SuQuD>
30. Bewerbungsschluss für Kandidaten zum „Hochschullehrer/in des Jahres“, Deutscher Hochschulverband, Info: <http://dpaq.de/CMsTx>

### **Oktober 2018**

- 04.. Jugendkonferenz youcoN zum Thema „Gemeinsam.Zukunft.Leben!“, Stiftung Bildung, Wolfsburg, Info: <http://dpaq.de/6upaW>, (bis 7.)
11. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis19..)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>
22. 1. Schulzukunftskongress, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Augsburg, Info: <http://dpaq.de/eimNM>, (bis 23.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zgXGK>

### **November 2018**

- 07.. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
09. 12. Deutscher Kongress Schulverpflegung, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oyten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/ZUadf>
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - TERMINE

- 21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
- 29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>

### **Dezember 2018**

- 04.. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: [stefan.grob@studentenwerke.de](mailto:stefan.grob@studentenwerke.de)
- 05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
- 06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

## **INHALT (GESAMT)**

### **AKTUELLES**

Fünf katholische Schulen in Hamburg schließen .....	2
20 Jahre Kopftuchstreit – Lehrerin: Viele schmerzliche Erfahrungen .....	3
Türkische Behörden schließen deutsche Schule in Izmir .....	5
Giffey will 170 Anti-Mobbing-Experten an Schulen schicken .....	6
Yad Vashem kritisiert Einigung zu Holocaust-Gesetz .....	7
Kampf um Malis Zukunft findet an Schulen statt .....	8

### **KULTURPOLITIK**

Wikingerstätten und Naumburger Dom sind Weltkulturerbe .....	11
Bayer AG verkauft Statuette Mars an Dresdner Sammlungen.....	13
Büchner-Preis für Terézia Mora .....	14
Museen, Theater, Ballett – Coburgs reiche Kulturlandschaft .....	16

### **BERUF UND WEITERBILDUNG**

Regierung will umfassendes Programm für mehr Pflegekräfte .....	18
Flüchtlinge werden zu Fachkräften – doch das braucht Zeit .....	19
Deutlich mehr Mittel für „Aufstiegs-Bafög“ .....	21
Azubis in S-A sollen höhere Zuschüsse für Fahrtkosten bekommen .....	22

### **FORSCHUNGSPOLITIK**

Deutschland bekommt das meiste Forschungsgeld aus EU-Programm.....	23
Ein Jahr nach dem Abbruch: Gigantischer Eisberg steckt fest .....	24
Krebsforschung: 50 Millionen Euro für fünf Zentren in Deutschland .....	26
Wissenschaftler graben 2019 wieder in der Grube Messel .....	26
Nobelpreisträgerin Gesellschaft ist gnadenlos .....	27

### **HOCHSCHULE**

Nürnberg bekommt Technische Uni mit „bundesweitem Modellcharakter“.....	28
Humboldt-Universität gründet Institut für Islamische Theologie .....	29
Mehr Wissenschaftler an den Hochschulen .....	30
Weniger Zulassungsbeschränkungen an Unis .....	31
Ministerin eröffnet erste Denkfabrik der Bundeswehr in Hamburg .....	32
Studium geschmissen, Job gefunden – Chancen für Studienabbrecher .....	32
Neue Uni-Rektoren in Halle und Berlin.....	34

### **SCHULE**

Inklusion kommt schrittweise in M-V .....	35
Neue Standards für Inklusion an NRW-Schulen .....	36
Weichen für digitale Schulen im Norden gestellt .....	37
Kretschmann: Bildungskanon im digitalen Zeitalter überprüfen .....	38
Bayerische Lehrer fordern 1,5 Milliarden Euro mehr für Bildung .....	38
Religionsunterricht in Niedersachsen gefragt .....	39

### **VORSCHULE**

Bessere Qualität – Mehr Geld für Kitas .....	40
--	----

# **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 28/2018 09. Juli 2018 - INHALT (GESAMT)

Einige Kitas in NRW sollen auch nachts öffnen .....	<b>40</b>
Wegen Sprachförderung: Niedersachsens Kitas erhalten 32,5 Millionen .....	<b>41</b>
Erzieherausbildung in Berlin schon mit MSA .....	<b>42</b>
<b>TERMINE</b> .....	<b>43</b>
<b>INHALT (GESAMT)</b> .....	<b>47</b>



## IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

### Impressum

#### dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter  
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38  
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82  
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0  
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,  
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1  
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-  
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-  
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com  
Telefon: (040) 4113-32521

### Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und  
leistungsschutzrechtlich geschützt.  
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,  
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-  
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-  
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,  
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische  
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-  
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch  
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-  
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich  
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit  
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-  
ten sollten, ist ausgeschlossen.